

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Bruck-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Dienstag, den 15. Oktober 1901.

Expedition: SW. 19, Bruck-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Gemütvolle Darstellungen!

Der Berliner Magistrat hat nunmehr die Akten der Märchenbrunnen-Angelegenheit der Öffentlichkeit zugänglich gemacht...

Den Aktenstücken ist kein Verzicht über die Ausdehnung von Hubertus- und Schneewittchenbrunnen...

a) Der Schneewittchenbrunnen.

Die Brunnenanlage wird von dem sieben Jürgen getragen, an der Säule sind die bösen Feen, die Jägerfee und die Falkenfee...

b) Der Dornröschenbrunnen.

Er schließt sich in Disposition und Maßstab dem Schneewittchenbrunnen an. An Stelle der Jürgen treten hier die eingeschlossenen Mädchenjungen.

c) Der mittlere Brunnen.

Die Gruppen von links deuten die Ribbezahlfagen an, an entsprechender Stelle rechts wird an die Hege der Märchen usw. erinnert.

Wir machen darauf aufmerksam, daß die Modelle der drei Brunnen in 1/2 der natürlichen Größe, sowie einzelne Teile des Schneewittchenbrunnens in natürlicher Größe in der Architektur-Ausstellung der Stadt Berlin...

Berlin, den 31. Mai 1901.
Magistrat hiesiger königl. Haupt- und Residenzstadt.
Kirchner.

Dieses Schreiben stellt kein eigentliches Genehmigungsgebet dar, das auch nicht nötig wäre, sondern eine einfache Mitteilung zur Kenntnisnahme...

Indessen, Herr Kirchner hält das geduldige Warten für eine Naturnotwendigkeit, und so wartete er mit Fassung und Ergebung bis endlich das nachstehende Schriftstück eintraf:

Der Polizeipräsident. Berlin, den 24. September 1901.

Abteilung I.

Zum Schreiben vom 21. Mai dieses Jahres.

Bei Niederschreibung der eingereichten Entwurfspläne, betreffend die Herstellung von Brunnenanlagen im Friedrichshain hier selbst, teilte ich im Auftrage des Herrn Ministers der öffentlichen Arbeiten mit, daß Seine Majestät der Kaiser und König Allerhöchste sich nicht zu entschließen vermocht haben, die Errichtung der Brunnen nach den vorgelegten Projektzeichnungen zu genehmigen.

Aufschauung bringen, und mit den Entwürfen einen Bildhauer zu betrauen, der sich auf dem Gebiete gemütvoller Darstellungen bereits bewährt habe.

Ich ersuche, mich über den weiteren Verlauf der Angelegenheit mit Nachsicht zu versehen.

gez. von Windheim.

Aus diesem Schreiben geht klar hervor, daß der Kaiser sich nicht nur auf Wünsche und Anregungen beschränkt hat, sondern den vorgelegten Entwurf direkt verboten und einen neuen ebenso direkt befohlen hat.

Wer die Beschreibung der Brunnen, wie sie der Magistrat giebt, mit den kaiserlichen Ideen vergleicht, erkennt sofort, daß es sich um genau entgegengesetzte Pläne handelt. Die Stadt will ein großes, prachtvoll wirkendes architektonisches Werk, der Kaiser will einzelne niedliche Märchengruppen, gemütvolle Darstellungen.

Man kann seit jeher zwei Richtungen oder auch Rangordnungen in der Kunstausstellung Wilhelm II. unterscheiden. Auf der einen Seite interessiert er sich für das Pompöse, Großartige, mit mythologischen Verweh voll Beladene, das in schwerer Aktion imponierend wandelnde.

Auf der andern Seite fordert er für das Volk das Denkbar Einfachste, das Harmlose, das Leichte, kurz die gemütvollen Darstellungen. Daher seine Vorliebe für „Charles Laute“ und die Lustspiele des königlichen Schauspielhauses.

So ist psychologisch die Abneigung Wilhelm II. gegen die Märchenbrunnen durchaus begründet: Für den Hohenzollernkultus vor dem Schloß und auf der Siegessäle die „schwere architektonische Anlage“ — für das Volk des Friedrichshains die leichte gemütvolle Darstellung!

Indessen mag die subjektive Auffassung des Kaisers noch so begründet sein, rechtlich hat er nicht die mindeste Möglichkeit, der Stadt Berlin die kaiserliche Festbittell aufzuzwingen.

3. Sitzung der Deputation für Kunstzwecke am 2. Oktober 1901.
Zu § 4 der Tagesordnung: Vorlage des Modells zum Märchenbrunnen. Die Deputation beschließt:

Dem Magistrat soll empfohlen werden, den Polizeipräsidenten um eine Erklärung zu ersuchen, ob die Ausführung des Märchenbrunnens seinerseits genehmigt oder verweigert wird.

gez. Kirchner. Maydorff,
Stadt- Baupinspector.

Dann kam die plötzliche Audienz in Hubertus-Hof. Der Magistrat fühlte sich veranlaßt, die „abgeurteilte Sache“ in einem unnötigen Wiederaufnahme-Verfahren nochmals zu diskutieren.

Der Magistrat hat in seiner heutigen Sitzung (vom 11. Oktober) beschlossen, vor der Beisetzungsaktion über den Antrag der Kunstdeputation vom 28. September diese Deputation um eine Äußerung darüber zu ersuchen, ob und in welcher Weise bei der Ausführung des Märchenbrunnens unter Festhaltung der Grundidee des ausgearbeiteten Projekts den Anregungen Sr. Majestät des Kaisers entgegen zu werden kam; der Stadtverordneten-Verammlung das gesamte auf die Angelegenheit bezügliche Aktenmaterial einschließlich der auf den Ministerialerlaß vom 17. Juni 1897 bezüglichen Schriftstücke zur Kenntnisnahme vorzulegen.

gez. Kirchner. gez. Hoffmann.

Es ist überflüssig zu wiederholen, daß eine Nachgiebigkeit gegen die Wünsche des Kaisers mit der „Festhaltung der Grundidee“ schlechterdings unvereinbar ist. Wenn also der neue Beschluß des Magistrats mehr sein soll als eine zu nichts verpflichtende Höflichkeit gegenüber der Krone, so könnte er nur die Aufforderung bedeuten, sich dem kaiserlichen Willen auch in dieser Hinsicht zu unterwerfen und unter Opferung der Grundidee und der beauftragten Künstler statt der Märchenbrunnen gemütvolle Darstellungen zu beschaffen.

So mißtrauisch wir sind, einen solchen Ausgang der Angelegenheit möchten wir immer noch für unmöglich halten. Zu welchem Zwecke hätte denn auch der Magistrat durch die Veröffentlichung zwingenden Beweismaterials nachgewiesen, daß von einem Bestätigungsrecht der Krone nicht die Rede sei?

Vereits im Jahre 1897 forderte der Minister des Innern pöflich, wohl im Auftrage des Königs, eine solche Erweiterung des Genehmigungsrechts. Es mag sein, daß die Märchengruppen-Angelegenheit diesen Gedanken eingegeben hatte. Wir werden über den mißglückten Versuch durch den folgenden Ulaß aus dem Ministerium des Innern unterrichtet:

Berlin, den 17. Juni 1897. Zur Aufstellung von Denkmälern für Mitglieder des königlichen Hauses bedarf es der Allerhöchsten Genehmigung insbesondere dann, wenn es sich um Denkmäler handelt, die an einem der Öffentlichkeit zugänglichen Orte oder an öffentlichen Mitteln errichtet werden sollen.

Die Anträge sind rechtzeitig im Instanzenwege vorzulegen, etwa nach Herstellung des Modells und sobald der Umfang der zur Verfertigung stehenden Mittel und die Art der Ausführung mit Sicherheit übersehen werden kann.

Abgegeben von dem obenbezeichneten Fällen erwarte ich einen Bericht, wenn nicht bei der Errichtung eines Denkmals ein hervorragendes öffentliches Interesse obwaltet.

Zu Vertretung:
gez. Braunbehrens.

An den Herrn Polizeipräsidenten, hier.

Der Polizeipräsident. Berlin, den 30. Juni 1897.

Abchrift übersende dem Magistrat ich zur Kenntnisnahme.
gez. Friedheim.

An den Magistrat hiesiger kgl. Haupt- und Residenzstadt, Rathaus.

Der Magistrat antwortete dem Polizeipräsidenten:
Berlin, den 8. Oktober 1897. Dem kgl. Polizeipräsidenten erwidere wie auf das gedachte Schreiben vom 30. Juni cr. — I. C. 1897 — ergebe, daß wir vor dem uns mitgeteilten Erlaß des Herrn Ministers des Innern vom 17. Juni cr., nach welchem künftig zur Aufstellung eines jeden öffentlichen Denkmals in Berlin die Allerhöchste Genehmigung einzuholen ist, Kenntnis genommen haben.

Da der Herr Minister keine Anordnung auf die Bestimmung des § 10, Absatz 2 des Gesetzes vom 2. Juli 1875, welcher wirklich lautet: „Zur Festlegung neuer oder Abänderung schon bestehender Bedienungspläne in den Städten Berlin etc. bedarf es kaiserlicher Genehmigung.“

3. Sitzung der Deputation für Kunstzwecke am 2. Oktober 1901.
Zu § 4 der Tagesordnung: Vorlage des Modells zum Märchenbrunnen. Die Deputation beschließt:

Dem Magistrat soll empfohlen werden, den Polizeipräsidenten um eine Erklärung zu ersuchen, ob die Ausführung des Märchenbrunnens seinerseits genehmigt oder verweigert wird.

gez. Kirchner. Maydorff,
Stadt- Baupinspector.

Dann kam die plötzliche Audienz in Hubertus-Hof. Der Magistrat fühlte sich veranlaßt, die „abgeurteilte Sache“ in einem unnötigen Wiederaufnahme-Verfahren nochmals zu diskutieren.

Der Magistrat hat in seiner heutigen Sitzung (vom 11. Oktober) beschlossen, vor der Beisetzungsaktion über den Antrag der Kunstdeputation vom 28. September diese Deputation um eine Äußerung darüber zu ersuchen, ob und in welcher Weise bei der Ausführung des Märchenbrunnens unter Festhaltung der Grundidee des ausgearbeiteten Projekts den Anregungen Sr. Majestät des Kaisers entgegen zu werden kam; der Stadtverordneten-Verammlung das gesamte auf die Angelegenheit bezügliche Aktenmaterial einschließlich der auf den Ministerialerlaß vom 17. Juni 1897 bezüglichen Schriftstücke zur Kenntnisnahme vorzulegen.

Es ist überflüssig zu wiederholen, daß eine Nachgiebigkeit gegen die Wünsche des Kaisers mit der „Festhaltung der Grundidee“ schlechterdings unvereinbar ist.

Vereits im Jahre 1897 forderte der Minister des Innern pöflich, wohl im Auftrage des Königs, eine solche Erweiterung des Genehmigungsrechts. Es mag sein, daß die Märchengruppen-Angelegenheit diesen Gedanken eingegeben hatte. Wir werden über den mißglückten Versuch durch den folgenden Ulaß aus dem Ministerium des Innern unterrichtet:

Berlin, den 17. Juni 1897. Zur Aufstellung von Denkmälern für Mitglieder des königlichen Hauses bedarf es der Allerhöchsten Genehmigung insbesondere dann, wenn es sich um Denkmäler handelt, die an einem der Öffentlichkeit zugänglichen Orte oder an öffentlichen Mitteln errichtet werden sollen.

Zu Vertretung:
gez. Braunbehrens.
An den Herrn Polizeipräsidenten, hier.

find, zu beachten, daß das D.V.G., wie aus den Gründen der Entsch. vom 11. September 1896 (Preuss. Veru.-Bl. 3 S. 23) zu entnehmen, den Grundpatent als patentfähig erachtet, daß auch in Fällen, wonach nicht feststeht, daß eine geplante Anlage der Polizeibehörde Vereinbarung zu einem Verbot derselben geben werde, oder daß es sich um eine Anlage handle, zu welcher polizeiliche Genehmigung erforderlich sei, von der Polizeibehörde gefordert werden könne, daß ihr, um eine Vereinerklichung ihrer polizeilichen Hindernisbefugnisse zu verhüten, vor der Ausführung Kenntnis von der geplanten Anlage gegeben werde. Es wird sich deswegen empfehlen, auch in Fällen dieser Art dem Polizeipräsidenten von der geplanten Anlage eine Mitteilung zu machen, die jedoch nicht mit einem Antrag auf Genehmigung zu verwechselt ist und daher auch nicht diese Form erhalten darf. Nicht ausgeschlossen ist es, dieser Mitteilung Höhen- und Lagepläne, Durchschnittszeichnungen, Ansichten, photographische Darstellungen, überhaupt Materialien aller Art, die die geplante Anlage darzustellen geeignet sind, beizufügen. In jedem Einzelfall wird es fobdann Sache besonderer Ueberlegung sein müssen, ob mit der Ausführung der Anlage vor einer Konsultation des Polizeipräsidenten zu beginnen oder der Eingang einer solchen abzuwarten sei.

Magistrat hiesiger königlichen Haupt- und Residenzstadt. g33. Yelle. Kirchner. Neubrial. Boigt. Weise. Auszug aus der Kommissions-Verhandlung vom 6. Dezember 1897.

Die Reichslage ist demnach seitens der Stadt schlüssig entschieden und es erscheint trotz allem Zweifel an der Justiz angeschloffen, daß das Oberverwaltungsgericht anders zu urteilen veranlaßt ist.

Die Krone kann zu ihrem Ziele nur gelangen, wenn die Stadt auf ihr Recht und ihre Ueberzeugung verzichtet und sich blindlings unterwirft.

Der Magistrat ist sicherlich nicht frei von solcher gemüthlichen Darlegung der Lage. Die Stadt hat aber allen Anlaß, auch in der Befassung der politischen Situation den schweren strengen architektonischen Aufbau der gemüthlichen Darstellung vorzuziehen. Oder wird sich auch hier wieder die „Auflösung in Gruppen“ vollziehen: Hier die Freijugendbewegung — dort die Socialdemokratie?

Politische Ueberfahrt.

Berlin, den 14. Oktober.

Aussprüche des jungen Reichs.

Ein Beitrag zum Niedergang des Liberalismus.

Die Kerze sind die natürlichen Anwälte der Armen und die sociale Frage fällt zu einem erheblichen Teil in ihre Jurisdiction.

Es genügt nicht, daß der Staat jedem Staatsbürger die Mittel zur Erziehung überhaupt gewährt, daß er daher jedem, dessen Arbeitskraft nicht ausreicht, sich diese Mittel zu erwerben, beisteht; der Staat muß mehr thun, er muß jedem so weit beistehen, daß er eine gesundheitsgemäße Existenz habe.

Wenn der Staat es zuläßt, daß durch irgend welche Vorgänge, sei es des Himmels, sei es des täglichen Lebens, Bürger in die Lage gebracht werden, verhungern zu müssen, so hört er rechtlich auf Staat zu sein, er legitimiert den Diebstahl (die Selbsthilfe) und beraubt sich jedes legalen Grundes, die Sicherheit der Personen oder des Eigentums zu wahren. Dasselbe ist der Fall, wenn er zuläßt, daß ein Bürger gezwungen wird, in einer Lage zu verharren, bei der seine Gesundheit nicht bestehen kann.

Epidemien gleichen großen Varnungstäfeln, an denen der Staatsmann von großem Eile lesen kann, daß in dem Entwicklungsgange seines Volkes eine Störung eingetreten ist, welche selbst eine sorglose Politik nicht länger übersehen kann.

Ist es so nutzlos, daß unsere Bewegung eine sociale ist, und daß man nicht Auforderungen zu schreiben darf, um die Inhaber von Wälschen und Käfen, von Pasteten und Eistorten, kurz, den wohlhabenden Bourgeois zu beruhigen, sondern daß man Anstalten treffen muß, um den Armen, der sein weiches Brot, sein gutes Fleisch, seine warme Kleidung, sein Bett hat, der bei seiner Arbeit nicht mit Niedersuppen und Kamillenthee bestehen kann, den Armen, der am meisten von der Seuche getroffen wird, durch eine Verbesserung seiner Lage vor denselben zu schützen? ... Ah, es ist sehr traurig, daß immer Tausende in Elend sterben müssen, damit es einigen Hunderten wohl geht, und daß diese Hunderte, wenn wieder ein neues Tanzend an die Reihe kommt, nur eine Auleitung schreiben!

Aud wenn einer unter den Hellen aufträte und zu dem Volke spräche: „In Berlin macht die Schwindsucht mehr als den neunten Teil aller Todesfälle und von den an der Schwindsucht Gestorbenen gehören fast 80 Proz. den arbeitenden Massen an“, nicht wahr, das wäre eine verabschiedene Wälserei? Das muß alles sein verschwiegen werden, damit das Volk nicht zu stürzich werde und auch etwas von dem Wohlsein und dem langen Leben der Wohlhabenden verlange. Sie sollen täglich beten: „Und gib uns unser täglich Brot und — ein langes Leben auf Erden“, aber sie sollen nicht wissen, daß das lange Leben ein Monopol der Fürsten und Großen und der Kanakler der Nahe ist. Aber das Volk hat nun lange genug geharrt, gebudelt, gefaltet und gebetet; sein Vertrauen auf die Fürsten und Großen hat sich in Nichts und zum Teil in Grimm verwandelt, sein Glaube an den Himmel ist erschüttert, und es denkt ernstlich an das alte Sprichwort, daß jeder seines Glückes eigener Schmied sein muß.

Die bisherigen Gemeindeordnungen (Städteordnung usw.) kannten keine aus dem Vertrauen aller hervorbegehenden Vertreter; namentlich in den Städten waren ja die Stadtverordneten und Magistratspersonen nur der Ausdruck des Minoritätswillens der Privilegierten. Auch die neue von dem Ministerium Bergensenburg-Ladenberg entworfene Gemeindeordnung erkennt das Prinzip der gleichen Verehrung aller Gemeindeglieder nicht an, sondern bindet das Gemeindeglied an einen gewissen Besitz. Weder ein solcher Gemeinderat, noch ein solcher Gemeindevorstand ist eine Vertrauensbehörde aller.

Man setzt Menschen dahin, wo Einrichtungen notwendig sind! Aber das ist ja das Prinzip des Polizeistaats.

Freiheit ohne Bildung bringt Anarchie, Bildung ohne Freiheit Revolution.

Es liegt in dem Interesse der Mutter Kirche, die Völker bigott, bumm und unfrei zu erhalten.

Vor der Umwälzung ist das Volk immer unreif erschienen; unmittelbar nach derselben war es immer reif.

Die Erde bringt viel mehr Nahrung hervor, als die Menschen verbrauchen; das Interesse der Menschheit erfordert es keineswegs, daß durch eine unsmüthige Anhäufung von Kapital und Grundbesitz in den Händen einzelner die Produktion in Kanäle abgelenkt wird, welche den Gewinn immer wieder in dieselben Hände zurückzuführen lassen.

Konstitutionalismus ist selbst eine Lüge, entweder eine Konzeption an das Vorurteil, oder eine Transaktion mit dem historischen Urtuch.

Alle Welt weiß, daß das Proletariat unserer Zeit hauptsächlich durch die Einführung und Verbesserung der Maschinen bedingt

worden ist, daß in dem Maße, als der Aderbau, die Fabrication, die Schifffahrt und der Straßenverkehr durch die Bervollkommnung der Gerätschaften eine nie geahnte Ausdehnung erlangt haben, die Menschenkraft alle Autonomie (Selbstständigkeit) verloren hat und als ein Glied, als ein zwar lebendiges, aber totem Willt äquivalentes (gleichwertiges) in den Maschinenbetrieb eingetreten ist. Die Menschen gelten nur noch als Hände! Soll aber das der Sinn der Maschinen in der Kulturgeschichte der Völker sein? Sollen die Trümmer des menschlichen Genies zu weiter nichts dienen, als das Menschengeschlecht elend zu machen? Gewiß nicht.

Ja, wir leugnen nicht, daß in der That die naturwissenschaftlichen Erfahrungs- und Versuchsergebnisse zulassen, welche nicht weniger als beruhigend für den gegenwärtigen Zustand der Dinge lauten und welche oft genug benutzt worden sind, den Umsturz des Bestehenden offen zu predigen.

Wenn der Staat, wie er ist, die Klischee, wie sie sich im Lauf der Jahrhunderte gestaltet hat, nicht im stände wäre, die Wahrheit zu ertragen, würde das nicht ein sicheres Zeugnis sein, daß sie selbst unwahr geworden sind? —

Zollkammerkampf.

Das führende Blatt der Wälscher hat bisher hatnäckig gegen die Streichung der Mindestzölle für die Getreide-Arten gekämpft. Ohne diese Mindestzölle hieße es das Zollgesetz als unannehmbar und kündigte seine Ablehnung durch die blälscherischen Abgeordneten an. Die Sammelpolitik schien gewissen schlechten Ruffantaten in die Brüche gegangen und ein stets hoffnungsfreudiger Liberalismus schöpft aus dem Nichts unter den extremen Agrariern und den Böllern der Großindustrie wunderliche Illusionen.

Wir haben niemals an den Ernst dieses Streites geglaubt, sondern waren überzeugt, die gemeinsame Westtieger werde die Streitenden wieder einen und der agrarische Lärm sei nichts als Manöver zur Verhinderung eines Entgegenkommens der Regierung an die Zollkommission.

Jetzt bereits erachtet die „Deutsche Tageszeitung“ das Manöver geplatzt und bietet dem Centralverband, dem andren Partner der wälscherischen Sammelpolitik, die Hand. In ihrem heutigen Leitartikel erklärt sie zwar noch immer „ausreichende Mindestzölle“ als ihr eigentliches Ziel, ohne dessen Erreichung der Zolltarif nur problematischen Wert habe, aber sie denkt nicht mehr daran, von der Abhaltung des Mindestzollses ihre Zustimmung zum Zollgesetz abhängig zu machen. Das ist eine vollständige Schwentung! Der Säure um den Mindestzoll hat seine Wirkung erreicht: Die Regierung und die Großindustrie und die Mehrheit der politischen Parteien ist für hohe Wälscherzölle festgelegt — also können die Agrarier, um nicht gänzlich isoliert zu werden, in eine neue Position einrücken. Die „D.Z.“ sagt:

Sollten die Mindestzölle fallen, so würden wir an dem Zustandekommen eines neuen Tarifs verhältnismäßig wenig interessiert sein. Der neue Tarif würde ja nur dann thatsächlich Platz greifen, wenn es nicht zu neuen Handelsverträgen läme und die alten gekündigt würden. Er würde sonst lediglich auf dem Papiere stehen. Wir werden zwar auch rechnerisch und lebenspraktisch prüfen, ob der neue Tarif im ganzen besser oder schlechter sei als der bisherige Generaltarif, und danach unsere vorläufige Entscheidung einrichten. Der Hauptkampf wird aber, wenn die Mindestzölle des Tarifs fallen, um die Handelsverträge selbst geführt werden.

Und nun wendet sich das Agrarierblatt „diesem Kampfe“ zu. Wie es jüngst noch erklärte, für einen Tarif ohne Mindestzölle sei es unter keinen Umständen zu haben, so wußt es jetzt „unter keinen Umständen für langfristige Handelsverträge, in denen die Forderungen der Landwirtschaft nicht gebührende Beachtung und volle Sicherung finden“, stimmen. Wie es kürzlich Obstruktion androhte, wenn die Mindestzölle beseitigt würden, so wiederholt es jetzt die Obstruktionsandrohung in neuer Variante:

Industrie und Handel versichern mit der denkbar größten Entschiedenheit, daß sie langfristige Handelsverträge bedürfen, daß selbst die besten Verträge ohne Langfristigkeit ihnen wenig nützen könnten. Am gut, daraus mögen sie ihre Konsequenzen ziehen! Die Landwirtschaft hat kein Interesse an langfristigen Verträgen. Wenn sie dem Handel und der Industrie die Langfristigkeit zugesteht, dann möge man ihr das gewähren, worauf sie berechtigten Anspruch hat! Sonst müssen ihre Vertreter mit allen verfassungsmäßigen Mitteln sich dem Zustandekommen langfristiger Handelsverträge widersetzen, und wir sind überzeugt, daß sie's thun werden.

Nichts mehr von Mindestzöllen, nichts mehr von der Forderung vorzeitiger Kündigung der Handelsverträge — dieser teilsüchigen Sächliche bedarf man schon nicht mehr, die erstrebten hohen Zölle scheinen einigermassen gesichert und es genügt, mit Obstruktion zu drohen, wenn etwa diese gesichert erscheinende Veute nochmals bestritten werden sollte.

Zufreilicherweise ist die agrarische Taktik, die ihre Forderungen aufs Abhandeln einstellt, doch nur zur Hälfte erfolgreich geblieben, namentlich gegenüber den bürgerlichen Parteien, die, zur Unterstützung des Zollkammerkampfes geneigt, durch die Pressungspolitik des Wälscherthums immer tiefer in die agrarische Verstrickung verfielen. Aber die Gegner des Zollkammerkampfes, insbesondere die Socialdemokratie hat von vornherein ihre Kraft nicht an den Zollkammerstreit der „Deutschen Tageszeitg.“ verschwendet, sondern die Gefahr dort gesehen, wo sie ist, bei der Regierung der „Mittellinie“, bei den Parteien des „gemäßigten“ Zollkammerkampfes. Zudem die Agrarier Korn-Zolllage von 7 1/2 bis 10 W. verlangten, indem sie den Mindesttarif in den Mittelpunkt des Kampfes zu schieben versuchten, indem sie sich in unsmüthigen Phantasioforderungen überstürzten, gedachten sie das Volksbewußtsein zu erschauern, bis der „maßvolle“ Wälscher als „kleineres Uebel“ entfangungsvoll ertragen würde.

Dies Spiel haben wir durchkreuzt. Mag das Junkertum drohen und schreien, mag es manövrieren und labieren, mag es jetzt Obstruktion bei den Verhandlungen über die Handelsverträge androhen oder mag es auch etwa wieder zur Mindestzollforderung zurückkehren — man lasse sich nicht irreführen! Man überschätze nicht den kräftigen Sahn und den tobenden Ortel. Die Stillen des Kornwälschers sind die Verlämpfungswertesten. Die Regierung, das Centrum, die Nationalliberalen — sie särcien und lärcmen nicht, aber in alter Heimlichkeit flecten sie den Strick, der dem Volke den Hals zuschnüren soll, während der agrarische Kornbänslerlärm die Aufmerksamkeit abzieht.

Wir werden auch weiter dies sälsane Spiel vereiteln und dafür sorgen, daß das arbeitende Volk nicht den Hartnäckigen der Lärm-macher anheimfällt, sondern diejenigen trifft, die ihm den Wälscherstreit bereiten. —

Deutsches Reich.

Die Chinabente.

Nachdem man einige Zeit über das den Instrumenten der Peflinger Sternwarte zugehörige Säckel nicht mehr vernommen, meldet jetzt eine Lokalzeitung der „Voss Ztg.“, daß nunmehr ersichtlich mit der Aufstellung der Vestestände im Parl von Sanssouci begonnen werden solle und daß einer Firma der Auftrag zur Reparatur und Aufstellung gegeben sei.

Die gesamte Presse — Abakblätter wie die „Köln. Ztg.“ nicht ausgeschlossen — war bekanntlich der Meinung, daß die rechts-widrig amektierte Chinabente China unter allen Umständen

wieder zurüdgegeben werden müsse. Daß China mit Rücksicht auf die Unsmüthlichkeit des Transportes und Wiederaufstellung der Instrumente auf ihrem früheren Platz auf die Zurückgabe verzichte, sei absolut kein Grund, die Veute zu behälten, vielmehr sei es ganz selbstverständlich, daß Deutschland sämtliche Kosten für Transport, Reparatur und Wiederaufstellung zu tragen habe.

Die Vergeltung der Kontingenzarbeiten an eine Firma ist die Antwort auf diese einhellige Stellungnahme der Oeffentlichkeit zu der ehrenwürdigen Angelegenheit!

Das Vorkommnis wird ja im Reichstag noch der gefährlichen Kritik unterzogen werden, vorläufig sei nur nochmals auf die für den Fall in Frage kommenden Bestimmungen des deutschen Militär-Strafgesetzbuches und des Abkommens der Haager Friedenskonferenz hingewiesen. Der § 129 des Militär-Strafgesetzbuches lautet:

„Der Vänderung macht sich schuldig, wer im Felde unter Benutzung des Kriegsschreies oder unter Mißbrauch seiner militärischen Ueberlegenheit 1. in der Absicht rechtswidriger Zueignung eine Sache der Landes-einwohner offen wegnimmt oder denselben abdingt...“ Und § 131 bedroht die Veilst der Vänderung mit Gefängnis bis zu 5 Jahren und Versehung in die zweite Klasse des Soldatenstandes.

In dem Haager Abkommen, betreffend die Gebräuche des Landkriegs“, das auch von Deutschlands Vertretern unterzeichnet ist, lautet der Artikel 50:

„Das Eigentum der Gemeinden und der dem Gottesdienste, der Wohltätigkeit, dem Unterricht, der Kunst und Wissenschaft gewidmeten Anstalten, auch wenn diese dem Staate gehören, ist als Privateigentum zu behandeln. Jede absichtliche Entsehung, Verletzung oder Beschädigung von derartigen Gebäuden, von geschichtlichen Denkmälern oder von Werken der Kunst und Wissenschaft ist verboten und muß geahndet werden.“

„Nach geahndet werden!“ Aber doch nicht etwa durch Ordensverleihungen? —

Doppelzoll und Zollkrieg.

Die „Post“ antwortet auf den Artikel „Mindestwälscher“ in unserer Sonntagsnummer mit dem offenen Jugeständnis, daß es allerdings nur rein „taktische Bedenken“ seien, die sie zu ihrer neulichen Stellungnahme gegen den Doppelzoll veranlaßt hätten — nämlich die Rücksicht auf das angeblich in der Opposition hervorgetretene Bestreben, eine Verschleppung der Zolltarifberatung herbeizuföhren. Das Jugeständnis bestätigt unsere Ansicht, daß den pathetischen Erklärungen gewisser hochschulzölsnerischer Kreise gegen das Doppelzollsystem im Grunde genommen recht wenig Gewicht beizumessen ist.

Unsere Bezeichnung ihrer Behauptung, Amerika und Frankreich hätten mit ihren Doppelzollsystemen „sogar sehr günstige Verträge“ abgeschlossen, als einer Entstellung offenen und unehrlicher Ebatiahen sieht das ehrenwerte Blatt ruhig ein. Von Frankreich schweigt es gänzlich. Vielleicht hat es sich doch inzwischen überrengt, daß Frankreichs „sehr günstige Verträge“ erst nach längeren Zollkriegen zu stände gekommen sind, in denen dieses überall den kürzeren gezogen hat. Nur in Bezug auf Amerika versucht die „Post“ so etwas, wie eine Art Begründung ihrer Behauptung. Sie schreibt:

„Wenn man weiterhin behauptet wird, Amerika sei auf Grund seines Doppelzollsystems nicht zu günstigen Verträgen gekommen, so kann jedenfalls das mit Frankreich abgeschlossene, aber nicht ratifizierte und auch jetzt noch Ablauf der Frist nicht mehr durchführbare Abkommen nicht als Beweis dafür gelten, denn hierbei hatte Amerika eigentlich nicht besonders viel zu gewinnen, also gar kein Interesse an der Ratifikation; eher mußte es Schäden fürchten. Die Ratifikation hatte nämlich eine Differenzierung Deutschlands in einzelnen sehr wichtigen Artikeln bedeuert, und nach dem erneuten Reciprocitäts-Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland vom 10. Juli 1900 eine dreimonatliche Kündigung der Verträge unter Umständen involviert. Bekanntlich bietet das vorjährige Abkommen weniger materielle, als ideelle Vorteile, indem es uns durch Begünstigung und Verschärfung des Kündigungrechts eine Abwehr etwaiger Differenzierungsabsichten ermöglicht. Amerika hat mit seinem Doppelzollsystem insofern gute Geschäfte gemacht, als es die Weisbegünstigung für einen relativ hohen Mindestzoll einerzute, ohne bis zur Venherlässigkeit der zulässigen Zoll-Ermäßigungen gehen zu müssen. Das dürfte wohl in Zukunft anders werden. So, wie früher, werden wir uns nicht abspalten lassen. Wenn Amerika nicht gleichwertige Zolljugeständnisse macht, dürfte wohl der autonome Tarif gegen es in Völsung gesetzt werden. Und diese Politik hat ja die Billigung von Socialdemokraten, die aus der Praxis und Prüfung der Vortschregergebnisse die Ueberzeugung von deren Nichtigkeit erlangt haben. Weiß davon das Centralorgan nichts?“

Was mit diesem Hin- und Hergebe beweisen werden soll, bleibt freilich unerfindlich. Die „Post“ hatte zum Beweis für die Zweckmäßigkeit des Doppelzoll-Systems angeführt, daß die Vereinigten Staaten auf Grund ihres Doppelzollsystems „sogar sehr günstige Verträge“ abgeschlossen hätten. Darauf stellen wir fest, sie seien nur zum Abschluß eines einzigen einigermassen wichtigen Vertrages gelangt, nämlich des Vertrages mit Argentinien, und dieser sei, wie die Statistik des beiderseitigen Handelsverkehrs beweist, bisher keineswegs besonders günstig für die Union ausgefallen. Mit Frankreich seien zwar Vertragsverhandlungen gepflogen, aber die aus diesen hervorgegangenen Vereinbarungen nicht ratifiziert worden. Was erwidert darauf die „Post“? Um den Beweis, wo denn die „sogar sehr günstigen“ Vertragschlüsse der Vereinigten Staaten sind, von denen sie ihren Lesern vorabuliert hat, drückt sie sich schweigend herum, — einfach weil diese Verträge nur in ihrer Einbildung existieren; lediglich doch hat sie herausgefunden, daß der Vertrag der Vereinigten Staaten mit Frankreich deshalb nicht zu stände gekommen sei, weil erstere bei dem Abkommen „eigentlich nicht besonders viel zu gewinnen“ gehabt hätten. Ein schmurriger Einwand! Wenn irgendwo Staats- oder Privat-Vertragsverhandlungen scheitern, dürfte wohl so ziemlich immer der Grund darin liegen, daß der eine Teil oder auch beide zu der Ansicht kommen, bei dem Vertrag sei doch, wie die „Post“ sich ausdrückt, „eigentlich nicht besonders viel zu gewinnen“.

Um jedoch wenigstens eines halbwegs Plausibles vorzubringen, spielt die „Post“ die dem deutschen Export ungmüthige Wendung des deutsch-amerikanischen Handelsverkehrs aus und meint, Amerika habe wenigstens mit seinem Doppelzollsystem insofern gute Geschäfte gemacht, als es die Weisbegünstigung für einen relativ hohen Mindestzoll einzute, ohne bis zur Kenherlässigkeit der zulässigen Zoll-Ermäßigungen gehen zu müssen. Zum Anlaß für die Argumentation der „Post“ datiert jedoch das Zurückbleiben der deutschen Ansuhr nach der Union gegenüber dem Export von dort schon seit 1891, hat sich also schon sechs Jahre vor der Inkraftsetzung des Doppelzollsystems eingestellt, und die Grund-lage, auf welcher sich diese Wendung vollzogen hat, ist der Weisbegünstigungsvertrag vom Jahre 1828. Die Bestimmungen der Dingley-Bill, welche die Minimalgrenze feststellen, bis zu welcher Zoll-Ermäßigungen gewährt werden dürfen, sind daran völlig unsmüthig; fehlten diese Bestimmungen, wäre also der Dingley-Tarif ein rein autonomer Tarif, dessen Zollhöhe im Wege der Vertragsverhandlung beliebig, d. h. ohne an eine untere Grenze gebunden zu sein, ernähgt werden könnte, so würde dadurch bezüglich seiner Wirkung auf die deutsch-amerikanischen Handelsbeziehungen recht wenig geändert.

Daß bei dem heutigen Stand der Dinge der vor 78 Jahren unter ganz andren wirtschaftlichen Verhältnissen abgeschlossene preussisch-amerikanische Weisbegünstigungs-Vertrag, den das Deutsche Reich übernommen hat, gewisse Nachteile für

aber beabsichtigt Herr Schleginger auf indirektem Wege eine Lohnreduktion vorzunehmen, da er erst in letzter Zeit einen größeren Auftrag seitens der Militärverwaltung erhalten hat, seine Heimarbeiter auch weiter beschäftigt. Nach unserer Meinung würde es den Lohnerbedingungen widersprechen, wenn die Arbeiter nicht in eigenen Betrieben angestellt werden sollen. Da wir nur in Erfahrung gebracht haben, daß Herr Schleginger beabsichtigt, die Arbeit auswärts anfertigen zu lassen, sein Werkführer sich allem Anschein nach auch bereits nach der Richtung bemüht, so erlauben wir die Korbmacher allerorts, auch da, wo Arbeiterorganisationen bestehen, die betreffenden Arbeiter auf die Differenzen hinzuweisen und uns sofort zu benachrichtigen, wenn sich Agenten des Herrn Schleginger einstellen.

Die Werkstatt-Kontrollkommission der Korbmacher Berlins.
 J. A.: H. Richter, Berlin S., Dresdenerstr. 84, bei Mulack.

Deutsches Reich.

Zum Ausstand der Tabakarbeiter in Nordhausen.

Leider ist unser Vertrauen zu der Firma S. und R. Wittig, von der wir berichten konnten, daß sie ihren Arbeitern bestimmte Zugeständnisse gemacht hat, die die Aufnahme der Arbeit ermöglichen, bitter getäuscht worden, die Firma hat ihr Versprechen unter nichtigen Vorwänden zurückgezogen.

Der Tatbestand ist kurz folgender: Die Vertreter der Organisation der Arbeiter hatten auf Wunsch der Herren Wittig Verhandlungen mit der Firma angestellt, die zu folgendem Resultat führten: 1. Einstellung aller Spinner nebst Dedemachern und Vorlegern, und zwar am Sonnabend, den 12. Oktober. 2. Die weitere Einstellung von Arbeitern und Arbeiterinnen sollte nur aus den Reihen der Ausständigen erfolgen. 3. Die Anerkennung der Organisation. 4. Wurde in den Verhandlungen das Ziel erreicht, so sollte die Befristung der betreffenden Arbeiter geregelt und die stattdeswegen erhaltene Aufbesserung der Müssigenarbeiter-Vöhne betont.

Die Dedemacher (weibliche Hilfsarbeiterinnen) nahmen nun wegen Vorrats von Material bereits am Freitag, den 11. Oktober, morgens, die Arbeit auf. Kurz nach der Aufnahme der Arbeit wurde den Hilfsarbeiterinnen von der Firma erklärt, daß es nicht anginge, alle Spinner zugleich einzustellen und versuchte man dies durch Ausschäfte darzulegen. Die Frauen und Mädchen setzten hierzu das Komitee der Ausgesperrten in Kenntnis, worauf man nochmals vorstellig wurde. Im Beisein des Herrn Gewerbe-Inspektors wurde nun die Erklärung abgegeben, daß die Hälfte der Arbeiter Sonnabend und der andere Teil die nächsten Tage, spätestens aber bis Mittwoch anfangen sollten. Der Gewerbe-Inspektor konnte nicht umhin, Herrn Wittig sein Befremden über das eigenartige Verhalten auszudrücken. Aber selbst an dieser Formsahe hätten sich die Arbeiter im Interesse des Friedens nicht gestört und trotzdem die Arbeitsaufnahme in der Form vollzogen. Jedoch es sollte noch anders kommen. Die Herren Wittig glaubten, das Spiel mit den Ausgesperrten noch weiter treiben zu können. Nachdem die Kommission der Arbeiter nochmals vorstellig geworden, erklärten die Herren Wittig rund heraus, überhaupt keine Zugeständnisse gemacht zu haben, und über die Einstellung der Arbeiter wolle man nach Ermessen der übrigen Fabrikanten bestimmen. Darauf legten die Hilfsarbeiterinnen, welche bereits thätig waren, einmütig die Arbeit wieder nieder und traten in die Reihen der Kämpfenden zurück. Die Solidarität der Arbeiterinnen, die im schweren Kampfe sich so trefflich bewährt, hat hier ein glänzendes Beispiel des Opfernutes gegeben.

Die Firma S. und R. Wittig ist ein kleiner Betrieb, um so leichter wird es für die Arbeiterchaft Deutschlands sein, in den Abszessen dieser Firma zu beweisen, daß aus diesem Treiben auch die Konsumenten die nötigen Schlussfolgerungen ziehen.

Arbeiter! Diese Mänöver sind die letzten Mittel, welche die acht Fabrikanten anwenden, um die Kämpfenden irrezuführen. Man will die Ausständigen wankend machen, um die Organisation vollends zu vernichten. Gegen dieses Gebahren der acht Fabrikanten aber werden die Tabakarbeiter kämpfen, bis die Freiwilligkeit der Unternehmer gebrochen ist.

Arbeiter! Unterstützt mit allen Kräften unsern schweren Kampf. Die Firma aber, welche sich diese Handlungsweise gegen ihre Arbeiter erdreistet, präge sich jeder Konsument für alle Zeit deutlich ein, sie heißt **S. u. R. Wittig**. Die Abszessen der Firma werden in den nächsten Tagen in allen Parteizeitungen bekannt gegeben.

Das Komitee der ausgesperrten Tabakarbeiter.

Der Verband der Handschuhmacher hat vom 13. Oktober ab den Mitgliedsbeitrag von 45 Pf. auf 60 Pf. pro Woche erhöht. Diese Maßnahme wurde notwendig, da die gegenwärtige Krise hohe Anforderungen an die Arbeitslosenunterstützung gewöhnende Organisation stellt. Viele Mitglieder sind bereits bis zu sechs Monaten und darüber ohne Arbeit und somit ohne Verdienst. Neben der unbestreitbaren Notlage der von der Arbeitslosigkeit Betroffenen — so fährt der Verbandsvorstand an — sei es ein Akt der Selbstverteidigung, den Arbeitslosen so hilfsreich wie möglich zur Seite zu stehen, damit sie nicht durch Hunger gezwungen würden, ihre Arbeitskraft um jeden Preis anzubieten und so dazu beizutragen, die ohnehin allgemein schlechte Lage der Arbeitenden noch mehr zu verschlechtern.

Becinträchtigung des Koalitionsrechts durch mehr oder weniger gefälschte Auslegung vereinbarungsgemäßiger und anderer Bestimmungen und deren Anwendung auf Gewerkschaften werden bald hier, bald dort, teils mit, teils ohne Erfolg verurteilt. Man könnte angesichts des Vorgehens mancher Behörden gegen gewerkschaftliche Organisationen zu der Annahme kommen, daß das Koalitionsrecht der Arbeiter nur auf dem Papier besteht, aber nicht ausgeübt werden darf.

Die kürzlich der deutsche Schuhmacher-Verband in Magdeburg, so soll auch der deutsche Tabakarbeiter-Verband im Herzogtum Braunschweig als eine Versicherungsanstalt gelten, die der Genehmigung durch das Ministerium bedarf. Nachdem der Braunschweiger Vorsitzende des Tabakarbeiter-Verbandes trotz polizeilicher Aufforderung die Genehmigung nicht nachsuchte, hat die Polizei den „Geschäftsbetrieb“ geschlossen und Bücher und Kasse mit Beschlagnahme. Natürlich wird gegen dies Vorgehen Klage geführt werden.

Ein anderer Fall von Verletzung des Koalitionsrechts betrifft den Verband der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter, der seinen Sitz in Hannover hat. Die Staatsanwaltschaft in Sagan in Schlefien will diesen Verband als einen politischen Verein angesehen wissen. Sie hat deshalb Anklage erhoben gegen die drei Bevollmächtigten der Fabrikwerke, weil diese weibliche Mitglieder aufgenommen haben. Außerdem wurde den Bevollmächtigten, ebenso wie den mitangeklagten Hauptvorstandsmitgliedern in Hannover, zur Last gelegt, daß sie die Fabrikarbeiter Mitglieder der Polizei nicht angemeldet haben. Diese staatsanwaltliche Aktion hatte allerdings nicht den gewünschten Erfolg, denn das Landgericht in Sagan erkannte die Fabrikwerke nicht als politischen Verein an, verurteilte aber die Fabrikarbeiter Bevollmächtigten wegen der unterschätzten Anmeldung der Mitglieder (§ 2 des preussischen Vereinsgesetzes) zu je 15 M. Geldstrafe. Die Hauptvorstandsmitglieder wurden nicht als zur Anmeldung verpflichtet angesehen und deshalb freigesprochen.

Derartige behördliche Aktionen wären unmöglich, wenn das Koalitionsrecht überall die Achtung fände, die ihm gebührt.

Ausland.

Zum Vergarbeiterstreik im östlichen Kohlengebiet. Auf einen Beschluß der Lüticher Föderation ist am Freitag in einer Anzahl Schächte die Arbeit wieder aufgenommen. — In der Kammer kam am Donnerstag die Interpellation des sozialistischen Abgeordneten Smeets betreffend den Streik zur Verhandlung. Außer Smeets nahmen die sozialistischen Abgeordneten Vandervelde und Hector Denis das Wort. Sie beantragten, die Regierung möge die Sektionen des Bergbaues der Arbeitskammern von Lüttich zusammenberufen; dieselben sollten sich über die Wahl eines Einigungs-Komitees verständigen und die Frage erörtern, ob in den Bergwerken des Lüticher Gebietes die gleitende Lohnkala eingeführt werden solle. Die Regierung lehnte diese Tagesordnung ab; sie wird in

keiner Weise in den Streik eintreten. — Die Zeitung der sozialistischen Partei Belgiens hat ein Sammelbuch für die Streikenden eröffnet.

In Epinal (Frankreich) streikten die Glasarbeiter, weil einer ihrer Führer gemauthet worden war. Trotzdem es zu keinerlei Aufbesserungen gekommen ist, sind eine Menge Gebarden und Soldaten nach dort berufen worden.

Der Streik der Bäckergesellen von Florenz war hervorgerufen worden durch den Wortbruch eines Teils der Unternehmer. Zehn bis zwölf Fabrikanten von Zugbrot, die ebenfalls den Vertrag, nach welchem die Nachtarbeit in den Bäckereien aufhören sollte, unterzeichnet hatten, führten nach einigen Tagen dieselbe wieder ein. Ein Teil der Bäckereien, die nur das geringere Brot baden, versuchten ebenfalls die Nachtarbeit wieder einzuführen, was die Gesellen mit dem Streik beantworteten.

Sociales.

Das Austragen von Waren durch schulpflichtige Kinder ist an vielen Orten polizeilich verboten worden. In einer sächsischen Stadt, in der ein solches Verbot besteht, war ein Waidmeyer bestraft worden, weil er seine dreizehnjährige Tochter zum Austragen von Wadwaren verwendet hatte. Er wandte sich an die Gerichte, indem er die Rechtsverbindlichkeit der Polizeiverfügung unter Berufung auf die Gewerbe-Ordnung und das Bürgerliche Gesetzbuch bestritt. Das sächsische Oberlandesgericht hat jedoch jetzt entschieden, daß die Polizeiverordnung gültig sei.

Das Vordell als versicherungspflichtiger Betrieb. Der Hausmann eines Vordellwitzer in Leipzig hatte infolge eingetretener Gewerbsunfähigkeit die Zuerkennung einer Invalidenrente beantragt. Die Landesversicherungsanstalt erkannte ihm eine Rente von 147 M. jährlich zu. Damit war der Antragsteller nicht zufrieden; er wandte sich an das Schiedsgericht und verlangte eine höhere Rente. Das Schiedsgericht suchte jedoch die Moral im Rechte und entschied, daß die Beschäftigung in einem Vordell eine unehrliche Arbeit sei. Eine Vordellwirtschaft könne nie als versicherungspflichtiger Betrieb angesehen werden. Dem Kläger wurde deshalb jeder Rentenanspruch entzogen.

Die Steuerbehörden werden vermutlich nicht so moralisch denken; sie werden von dem Vordellhausmann die Steuern ebenso pünktlich erhoben haben, wie sie sich von dem Vordellwitzer und den Vordellbewohnern erheben werden. Auch das auf das Einkommen zugeschnittene Dreiklassenwahlrecht ist nicht so moralisch. Der Vordellwitzer ist zweifellos mindestens Wähler zweiter, wenn nicht gar erster Klasse, und seine Stimme wiegt im Rate der Ration das Vielfache der Stimme eines ehrlichen Arbeiters.

Aus der Frauenbewegung.

Der Verein Schöneberger Frauen und Mädchen hielt am 9. Oktober seine regelmäßige Vereinsversammlung ab, in welcher Frä. Guttman einen Vortrag über „Heinrich Heine“ hielt. Die Referentin schilderte klar und lehrreich das Leben Heines. Reicher Beifall lohnte die Rednerin. Unter Vereinsangelegenheiten machte die Vorsitzende bekannt, daß die Mitglieder ihre Kinder Mittwoch, den 23. Oktober, nachmittags 3 Uhr, nach Obst's Festsaal bringen sollten, um sie dort dem Verein zur Aufführung eines Kinder-Theaterstückes zur Verfügung zu stellen. In der nächsten Versammlung wird Herr Dr. Liebnicht einen Vortrag halten.

In einer Frauenversammlung in Hamburg berichtete Frau Jüch über den Stand der Frauenbewegung am Orte seit Oktober 1900. Das Bild, das sie von der Thätigkeit der organisierten Frauen und von den Fortschritten der Bewegung entwarf, ist ein recht erfreuliches. Es fanden eine ganze Reihe Frauenversammlungen statt, die der politischen Organisation eine erhebliche Anzahl weiblicher Mitglieder zuführten. Die Teilnahme der Frauen an den politischen Versammlungen und der politischen Agitationsarbeit ist im steten Zunahme begriffen. Auch den gewerkschaftlichen Organisationen wurden viele neue weibliche Mitglieder zugeführt. Auch für die „Gleichheit“ wurden 150 neue Abonnenten gewonnen. Die Einnahme der Vertrauensperson betrug 367 M.

Versammlungen.

Der Stadtverordnete Jakobi vor seinen Wählern.

Der Stadtverordnete Jakobi, dessen Mandat Ende dieses Jahres abläuft, sprach am Montagabend vor seinen Wählern im ersten Bezirk der zweiten Abteilung. Die Absicht, Herrn Jakobi wieder als Kandidaten aufzustellen, stieß auf einigen Widerspruch. Von einer Seite wurde ihm seine sozialpolitische Rückständigkeit (die auch in seinem Vortrage wieder in unzweideutiger Weise zum Ausdruck gekommen war) zum Vorwurf gemacht; von anderer Seite wurde auf die Kritik in der Presse gegen ihn erhobenen Beschuldigungen hingewiesen. Herr Jakobi erklärte in einer kurzen Erwiderung diese Beschuldigungen für „gemeine Verleumdungen“, gegen die er den gerichtlichen Weg beschritten habe. Eine kleine Gruppe von Wählern wünschte, daß bis zur Klärung der Angelegenheit von der Wiederanstellung Jakobis abgesehen werde. In länger, zeitweise sehr lebhafter Debatte sprachen verschiedene Redner, darunter mit besonderem Eifer der Stadtverordnete, Vorsteher Langerhans, Hr. Jakobi. Die Versammlung beschloß darauf mit sehr großer Mehrheit die Wiederanstellung Jakobis als des Kandidaten der Liberalen im ersten Bezirk der zweiten Abteilung.

Eine öffentliche Versammlung der Steinarbeiter tagte am Sonntag im Englischen Garten. Nach dem Bericht, den der Vertrauensmann erstattete, betragen die Einnahmen im dritten Quartal inkl. des alten Bestandes von 1800,99 M. insgesamt 4351,74 M., die Ausgaben 2177,22 M., so daß ein Restbestand von 2174,52 M. verbleibt. Die Jahresabrechnung ergab mit dem Bestand von 1235,38 M. am 1. Oktober v. J. eine Gesamteinnahme von 9290,18 M. Die Ausgaben betragen, darunter 5040,25 M. an die Geschäftsleitung, 760 M. für Krankenunterstützung und 442,50 M. für die wegen der Raiffeiler Ausgesperrten, insgesamt 7115,69 M. Reiffeilerunterstützung haben 340 Mitglieder erhalten. Als Vertrauensmann wurde Walter und als Kassierer Marschall einstimmig wiedergewählt. In Neustoren wurden Lehmann und Kille und als Ersatzmann Gerloff bestimmt. Hierauf berichtete Breiding über das Resultat der für die Zeit vom 1. Juli 1900 bis 1. Juli 1901 aufgenommenen Statistik. Nach dieser Statistik, an der sich selber nur 223, das sind nicht ganz zwei Drittel der Kollegen, und zwar 106 Leihige und 117 Verheiratete mit 211 Kindern beteiligt haben, belief sich der Durchschnittsverdienst für dieses Jahr auf 1315,61 M. Das Durchschnittsalter betrug 30 Jahre 2 Monate und waren die an der Statistik Beteiligten durchschnittlich 15 Jahre und 4 Monate im Berufe thätig. Arbeitslos waren in der Berichtszeit bis zu 6 Wochen 44, bis zu 10 Wochen 46 und über 10 Wochen 105 Kollegen. Kranf waren bis zu 10 Wochen 55, von 13 bis 26 Wochen 6 und von 26 bis 52 Wochen gleichfalls 6 Kollegen. Rheumatismus, Hals- und Lungenkrankheiten, sowie Verletzungen im Beruf bildeten den weitläufigsten Prozentsatz der Krankheitsursachen. Nur 28 Kollegen haben das ganze Jahr über ohne Unterbrechung arbeiten können. Verstorben sind in der Berichtszeit 10 Kollegen im Durchschnittsalter von 33 Jahren 4 Monaten, die 18 Kinder hinterlassen haben. Die Statistik hat u. a. auch die interessante Tatsache ergeben, daß die Zeitlohnarbeiter einen höheren Lohn als die Accordarbeiter erzielen und daß das eifrige Bestreben der Steinarbeiter, die Accordarbeit in dem schon an und für sich außerordentlich gesundheitsgefährlichen Beruf zu beseitigen, nicht ganz erfolglos war. — Nach einer längeren Diskussion, in der auch die Glanzvertrauensmänner aufgeführt wurden, darauf zu achten, daß die Fragebogen recht gewissenhaft und von allen Steinarbeitern ausgefüllt werden, wurde Breiding als Statistiker wiedergewählt. Nachdem die Delegiertenwahlen zur Orts-Straken-

liste besprochen und zur regen Beteiligung an den Stadtverordneten-Wahlen aufgefordert, wurden den Glasarbeitern und den Wad-anhänger je 50 M. Unterstützung bewilligt.

Die Marmorarbeiter hielten am Sonntag eine öffentliche Versammlung ab, in der zunächst der Vertrauensmann berichtete. Danach betragen die Einnahmen inkl. des alten Bestandes von 169,71 M. im verfloßenen Quartal 938,91 M., die Ausgaben 729,49 M., der verbleibende Bestand 209,42 M. Die Abrechnung wurde von den Revisoren als richtig befähigt. — Hierauf wurde über die Centralisierung der Marmorarbeiter Deutschlands verhandelt. Von den Revisoren und den Rednertruppen einer besonderen Centralisation wurde angeführt, daß in der Steinarbeiter-Organisation die Beiträge zu hoch und für die Marmorarbeiter, die auch in ihrer Bewegungsfreiheit beschränkt seien, nicht genügend geleistet werde. Es werde auch zu wenig Agitation betrieben und demzufolge hätte die Organisation keine wesentlichen Fortschritte gemacht, so daß auch keine Erfolge in Bezug auf die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse erzielt werden konnten. Die Mehrzahl der Redner begründete diese Behauptungen als unzutreffend und sprach sich lebhaft gegen eine Sonderorganisation aus, weil eine solche unter den obwaltenden Verhältnissen leistungsfähig wäre. Jegendwelche Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Gerichts-Beilage.

Interessant für die organisierten Frauen und Mädchen ist ein Urteil zweiter Instanz der Strafkammer des Landgerichts II. Der Frauen- und Mädchen-Vereinigungsbereitschaften sollte den § 2 des Vereinsgesetzes übertreten und sich mit politischen Angelegenheiten beschäftigen haben, weshalb die frühere Vorsitzende des Vereins in Hildorf, Frau Jäger, vor Gericht erscheinen mußte. Entgegen dem Urteil der ersten Instanz, des Schöffengerichts, das auf Freisprechung erkannte, kam die Strafkammer zu einer Verurteilung.

Die Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten wurde, getreu der Auffassung des Staatsanwalts, darin erblickt, daß nach den Auszeichnungen und Aussehen eines Polizeientenants, zweier uniformierter und zweier Schulleute in Civil, sowie von zwei Gebarmen Gelder für socialdemokratische Zwecke (20 M. für ausgesperrte Tabakarbeiter, 25 M. für einen Kranz für Liebnicht) ausgesetzt seien. Außerdem aber habe eine ganze Reihe von Vorträgen im Verein mit öffentlichen Angelegenheiten sich beschäftigt, so mit Verletzung der Arbeitszeit, Schutz der Wöchnerinnen, Aufforderung zum Beitritt in die Konsumvereine, sogar mit der Propaganda für — freie Liebe und für socialdemokratische Wahlen.

Das Gericht erkannte trotz glänzender Verteidigung durch Rechtsanwält Frankl auf 20 M. Geldstrafe event. 8 Tage Gefängnis. Begründet wurde dies Urteil damit, daß durch die Zeugenausagen der Beamtin unzweifelhaft festgestellt sei, daß der Verein sich mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftige, also auch zur An- und Abmeldung seiner Mitglieder verpflichtet sei.

Den Genossen erwächst hiernach die Pflicht, alles daran zu setzen, daß den Frauen in anderer Weise die Wahrnehmung ihrer Rechte garantiert wird. Das ist in Aufhebung ihrer so berechtigten, doch von der heutigen Klassegesetzgebung systematisch unterdrückten Bestrebungen durchaus notwendig.

Die Verhörungen des Statermeisters Ernst Pais, dessen in diesem Frühjahr wegen Urkundenfälschung und Betrug erfolgte Verurteilung um so größeres Aufsehen erregte, als er bis dahin in dem besten Ansehen stand und sieben öffentliche Ehrenämter bekleidete, erfuhren einen Zuwachs durch eine Verhandlung, die gestern vor dem Schöffengericht stattfand. Pais war jetzt des Betruges angeklagt. Als Beschuldigter trat der 33-jährige Onkel des Angeklagten, der frühere Einwohner Pais, auf. Der Zeuge erzählte, daß er seinem Neffen im Jahre 1896, als er denselben noch für wohlhabend hielt, auf dessen Bitten sein ganzes Vermögen, 6700 M., anvertraut habe. Pais habe angegeben, daß er das Geld zu Kautionen für höhere Postbeamte gebrauchen wolle. Es sei vereinbart worden, daß der Angeklagte nach dem Ableben des Zeugen das Geld an dessen in Amerika lebenden Sohn abführen solle. Als der Zeuge Ende 1900 erfuhr, daß es mit den Vermögensverhältnissen des Angeklagten schlecht stehe, habe er auf Zurückzahlung des Darlehens gedrungen. Der Angeklagte habe erklärt, daß er dazu außer stande sei, aber ihm einen Anteil einer angeblich sicheren Hypothek über 4000 M. versandte. Als dann das Geschäft des Angeklagten zusammengesunken sei, habe der Zeuge erfahren, daß der Angeklagte die Hypothek bereits früher verpfändet hatte. Aus habe der Zeuge nur noch so viele Mittel, um vielleicht zwei Monate leben zu können, dann müsse er der öffentlichen Armenpflege verfallen. Der Angeklagte entschuldigte sich damit, daß er das Opfer der schlechten Verhältnisse im Laugewerbe geworden sei, er habe aber immer die Hoffnung gehabt, daß er sich würde herausarbeiten können. Während der Staatsanwaltschaft das Verhalten des Angeklagten als ein höchst gewissenloses hinstellte und gegen ihn eine Zuchthausstrafe von anderthalb Jahren Gefängnis und zwei Jahren Ehrverlust beantragte, suchte der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Davidsohn, den Nachweis zu führen, daß der Angeklagte nicht bei Aufnahme des Darlehens eine rechtswidrige Absicht gehabt habe und erst später durch unverschuldete widrige Verhältnisse außer hand gesetzt worden sei, seinem Onkel sowie den übrigen Gläubigern gerecht zu werden. Der Gerichtshof erkannte nach dem Antrage des Staatsanwalts.

Der „Herzog von Siano“, alias Bademeister Anton Pfleger hat gegen das ihn zu 1 Jahr Gefängnis verurteilende Erkenntnis durch den Rechtsanwält Dr. Rosenfeld die Revision anmelden lassen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Belsenkirchen, 14. Oktober. (W. T. V.) Der Aufsichtsrat der Wasserwerke für das nördliche westfälische Kohlenrevier beschloß, der „Belsenkirchener Zeitung“ zufolge, den vom Typhus betroffenen Gemeinden 250 000 M. zu überweisen.

Braunschweig, 14. Oktober. (W. T. V.) Der 19-jährige Arbeiter Wilhelm Rahmann, der am 13. August d. J. in Neu-Delberg die Hofnarrenstrau Rebelung ermordet und ihrer Waise von 70 M. Raub hatte, um damit seine Schulden zu bezahlen, wurde heute, wie die „Braunschweiger R.“ melden, vom herzoglichen Schwurgericht zum Tode verurteilt.

Grinno, 14. Oktbr. (W. T. V.) Der Braunendauer Richard Thiele wurde am Sonnabendmittag durch Zusammenstoßen eines etwa 20 Meter tiefen Brunnens erschlagen. Bis jetzt ist seine Rettung unmöglich gewesen, obwohl Braunendauer und Planierer aus Dresden bei den Rettungsarbeiten thätig sind. Heute mittag lebte der Verunglückte noch. Vom Nebenbuhler aus ist es möglich, sich mit ihm zu verständigen.

Paris, 14. Oktober. (W. T. V.) Das Referendum der Bergarbeiter Frankreichs ist nunmehr abgeschlossen. Von 127 000 Stimmberechtigten haben 40 000 für und 10 000 gegen den allgemeinen Ausfluß gestimmt, die übrigen enthielten sich der Abstimmung.

Paris, 14. Oktober. Wie eine Note der „Agence Havas“ meldet, dankte der Finanzminister dem Budgetauschusse, daß er 20 Millionen Frank Einparnisse erzielt habe, und erklärte, die Regierung werde keinerlei neue Ausgaben machen und alle dahin gehenden Anträge seitens des Parlaments auf das entschiedenste bekämpfen.

Neapel, 14. Oktober. (W. T. V.) Ein neuer Skandal ist hier ausgebrochen. Der Untersuchungsrichter, welcher mit dem Prozesse gegen den Abgeordneten Cafale wegen Bestechung beauftragt war, ist nunmehr selbst wegen Unterschlagung und Hebertretung seiner Amtsgewalt verhaftet worden. Die Angelegenheit ruft hier große Sensation hervor.

New York, 14. Oktober. (W. T. V.) Johann Ross ist wegen des anfrühlerischen Attentats, den er am Tage nach der Ermordung Mr. Kinlens in seinem Wall „Die Freiheit“ veröffentlichte, zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden.

Partei-Nachrichten.

Zur Resolution 102.

Die vom Parteitag mit nur 3 Stimmen beschlossene Resolution 102 hat nicht nur in Berliner Parteiveranstaltungen, sondern auch in anderen Kreisen der Partei die Befürchtung erregt, daß sie geeignet ist, neue unliebsame Streitigkeiten in der Partei heraufzubekommen. Diese Befürchtungen sind in verschiedenen Prekursorien über den Parteitag und in einer Reihe von Parteiveranstaltungen zum Ausdruck gekommen. Auch ich stehe auf diesem Standpunkt.

Während die Resolution 114 einen bestimmten Fall in klar bestimmter Weise zur Zufriedenheit des ganzen Parteitags und der übergroßen Mehrheit der versammelten Parteimitglieder unter bewußter Vermeidung aller verwirrenden Verallgemeinerungen, ist die Resolution 102 von der ausgesprochenen Unbestimmtheit in dem entscheidenden Satz: „Wer der Partei oder seiner Verfassungskommission in einem von ihnen geführten Kampfe durch Thaten entgegenwirkt oder Sonderbündelei zur Führung solcher Gegenaktion betreibt.“

Ich bin der Ansicht, daß der Wortlaut der Resolution solchen Gebrauch ausschließt und habe zudem in meiner Begründungsrede ausdrücklich erklärt, daß es sich bei ihr nicht darum handelt, die kleinen Organisationen — also die isolierten Gewerkschaften, Fachorganisationen — mit Gewalt in die großen Verbände hineinzutreiben. Es wünschtenwert auch die organisatorische Einheit der Gewerkschaftsbewegung ist, so muß die Erzielung dieser doch den Gewerkschaften selbst überlassen bleiben.

Nach dem Protokoll hat aber Bernstein nur gesagt: „Ich will über die kleinen gewerkschaftlichen Organisationen durchaus nicht den Stab brechen, wir wollen sie auch nicht in die großen Organisationen mit Gewalt hineintreiben, wir wollen aber dahin wirken, daß sie hineinkommen, und ich hoffe, die Zeit wird nicht fern sein, wo die kleinen Organisationen eingesehen haben, daß es ihre Pflicht ist, in die großen Verbände einzutreten.“

In dem Zusammenhang, in dem das steht, braucht man es durchaus nicht als eine Erklärung des Wortlautes der Resolution anzusehen, kann vielmehr auch annehmen, daß das eine allgemeine Darlegung von Bernsteins Ansichten über das Verhältnis der verschiedenen gewerkschaftlichen Organisationsformen zu einander sei. Die ausdrückliche Beziehung der Resolution zum Wortlaut der Resolution, die ihr Versteiner jetzt in seinem Artikel giebt, fehlt im Protokoll.

Also: auf dem Parteitag ist leider außerordentlich wenig über die Tragweite der Resolution gesprochen worden und das Wenige läßt selbst noch allerlei Deutungen zu. Die nachträgliche, nichts weniger als erschöpfende Erklärung Bernsteins hat nicht mehr Bedeutung wie die jedes anderen; es liegt eben nicht mehr ein Antrag Bernsteins, sondern ein Beschluß des Parteitags vor, der so gut wie ohne Erläuterungen gefaßt ist.

Das Beste wäre, die Resolution geriet in Vergessenheit; sollte aber doch einmal von ihr Gebrauch gemacht werden, dann nimmt hoffentlich ein Parteitag Gelegenheit, an Stelle der allseitigen Verschwiegenheit Klarheit und Bestimmtheit treten zu lassen.

Der Parteitag für die Provinz Schleswig-Holstein, das Herzogtum Lauenburg, Fürstentum Lübeck und die Freie und Hansestadt Hamburg wurde am Sonntagnachmittag in dem Etablissement „Klimentale“ in Altona eröffnet. Als Tagesordnung wird folgende festgesetzt: 1. Bericht der Agitationskommission. 2. Bericht über die Presse; Referenten: J. Kroschke und Ed. Adler. 3. Bericht der Kommission über den Entwurf eines Kommunalwahl-Programms, Referent Reichstags-Abgeordneter Frohne. 4. Beratung und Beschlußfassung über außerdem eingegangene Anträge und Resolutionen.

Beitragshöhen gegen den Posttarif im Umlauf. In Elmshorn, Hukuh, Neehoo und Wandsbek hat sich die Partei mit einem Achtungserfolg an Stadtverordneten-Wahlen beteiligt, während man in Altona, Reinshafen, Kiel, Flensburg, Rendsburg wegen des zu hohen Censur Abstand davon genommen hat.

Bei den Gemeindeabstimmungen wurden im Hamburger Landgebiet 21, im h. hollsteinischen Wahlkreis 4, im 6. Kreis 5 und im Fürstentum Lübeck 6 Genossen zu Gemeindevorstehern gewählt. Insgesamt sind über Parteigenossen der auf dem Parteitag vertretenen Gebiete, mit Ausnahme der Redacteure der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“, im letzten Jahre 9 Monate Gefängnis und 130,34 M. Geldstrafen erlangt. Die Kassenverhältnisse sind als günstige zu bezeichnen.

Besonders gute Früchte hat die Agitation in den nord-schleswigischen Kreisen gezeitigt, in Apenrade und Hadersleben. Das tolle Reiben des Hölzer-Aufreißes habe in dieser Gegend, führt der Referent aus, die Leute ganz außerordentlich zugänglich gemacht. Darum könne man gewissermaßen den Fortgang Hölzers nach dem Erfolg nur bedauern. Man habe an ihm einen guten und billigen Agitator verloren, und deshalb gezeime es sich wohl, hier auf dem Parteitage seiner zu gedenken. (Bravo.)

Partei-Presse. Die „Leipziger Volkszeitung“ teilt mit, daß Genosse Franz Mehring als Verleger-Redacteur für sie thätig sein wird.

Totenliste der Partei. In Hamburg ist am Sonntag morgen nach langem und sehr schwerem Leiden der Genosse Wilhelm Gramm gestorben. Gramm ist am 3. Oktober 1837 zu Cleve als Sohn des dortigen Gerichtskastellans geboren. Er wurde Tischler und lernte schon sehr früh den Wert der Organisation erkennen. Im Hirsch-Dünderischen Gewerbeverein hat er mehrfach Vertrauensstellungen bekleidet. Bald sah er jedoch ein, daß in den Harmoniebestrebungen dieser Organisation nicht das Ideal des nach wirtschaftlicher und politischer Freiheit ringenden Proletariats liegen könne. Deshalb trat er der Gewerkschaft seines Berufs und auch der sozialdemokratischen Partei bei. In den 70er Jahren hatte er in Hannover einen schweren Unfall erlitten, der im Verlauf der Jahre den völligen Verlust des linken Beines zur Folge hatte, so daß er durch zwei Jahrzehnte ein Krüppel war. Im Jahre 1881 wurde er zum Hauptkassierer der Central-Franken- und Stierelasse nach Hamburg berufen. Kasser in diesem Amte war er in seiner Verfassungskommission und für die Partei regie thätig. Er war Mitbegründer des „Tischler-Zeitung“ und gehörte auch unter der schwierigsten Zeit des Sozialistengesetzes als Mitglied des Ausschusses der Genossenschaftsdruckerei an, in der das Hamburger Partei-Organ hergestellt wurde.

Theater. Dienstag, 15. Oktober. Cyprianus, Margarete. Anfang 7 1/2 Uhr. Schauspielschule, Die Nibelungen. Anfang 7 1/2 Uhr. Neues Opern-Theater (Kroll), Geschlossen. Schiller, Figaros Hochzeit oder: Ein toller Tag. Anfang 8 Uhr. Deutsches, Ein Volkstheater. Anfang 7 1/2 Uhr. Berliner, Nacht und Morgen. Anfang 7 1/2 Uhr. Leistung, Die Fee Caprice. Anfang 7 1/2 Uhr. Residenz, Sein Doppelgänger. Anfang 7 1/2 Uhr. Neues, Das ewig-Weibliche. Anfang 7 1/2 Uhr. Wochen, Der Gigantentanz. Anfang 7 1/2 Uhr. Secessionstheater, Desseu Ellencreutz Buntst. Anfang 8 Uhr. Central, Die Geisha. Anfang 7 1/2 Uhr. Thalia, Ein tolles Geschäft. Anfang 7 1/2 Uhr. Süssen, Bei kleinen Leuten. Anfang 8 Uhr. Carl Weick, Berliner Nangen. Anfang 8 Uhr. Friedrich Wilhelmstädtisches, Die Lombardier. Anf. 7 1/2 Uhr. Belle Alliance, Talolo. Anfang 8 Uhr. Casino Theater, Berlin W. Anfang 8 Uhr. Woyzeck, Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr. Apollo, Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr. Palast, Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 Uhr. Passage Theater, Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr. Passage, Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr. Reichshallen, Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr. Urania, Taubenstr. 48/49. (Im Theateraal) Abends 8 Uhr: Ueber den Wolken. Im Hofsaal: Dr. Donath: Die chemischen Wirkungen des elektr. Stromes. Invalidenstr. 57/62. Tägl. Sternwarte.

Schiller-Theater (Wallner-Theater). Dienstagabend 8 Uhr: Figaros Hochzeit oder: Ein toller Tag. Schauspiel in 5 Aufzügen von Beaumarchais. Für die deutsche Bühne überarbeitet und bearbeitet von Franz Dingeldey. Mittwochabend 8 Uhr: Figaros Hochzeit oder: Ein toller Tag. Donnerstagabend 8 Uhr: Jugend. Carl Weiss-Theater. Große Kranzlerstr. 132. Abends 8 Uhr! Abends 8 Uhr! Berliner Nangen! Große Ausstattungsstücke mit Gesang in 5 Akten und 7 Bildern v. G. Albert. Musik von H. Veonard. Morgen: Berliner Nangen. Sonntagabendnachmittag 4 Uhr: Aschenbrödel. Central-Theater. Heute Anfang 7 1/2 Uhr, zum 765. Male: Die Geisha. Operette in 3 Akten von S. Bond. Hauptdarsteller: Rie Weiser, Theresie Deima, Hanna Widmer, Antje Albed, Rudolf Auber, Karl Schulz, Emil Kumbad, Emil Sondermann, Ernst Albed. Mittwoch, 16. Okt., Anfang 7 1/2 Uhr: Große-Geisha. Operette in 3 Akten von G. Vecocan. Donnerstag: Die Geisha. Freitag: Der Vogelhändler. — Sonnabend: Die Geisha. — Sonntagnachmittag 3 Uhr in halben Preisen: Der Vogelhändler. Abends 7 1/2 Uhr: Die Geisha. Thalia-Theater. Dresdenstr. 72. Heute u. folg. Tage: Ein tolles Geschäft. Große Ausstattungsstücke mit Gesang und Tanz in 4 Bildern. Paula Worm in 8 Verwandlungen. Guido Thalescher in 11 Verwandlungen. Fritz Helmerding als Wolzogen. Junkermann, Boje. Anfang 7 1/2 Uhr. Castans Panopticum. Friedrichstr. 165. Horwarths wunderbare 6 Liliputaner mit ihren kleinsten Pferden der Welt und Pracht-Equipage!

Urania. Tauben-Strasse 48/49. Im Theater um 8 Uhr: Ueber den Wolken. Im Hofsaal: Dr. Donath: Die chemischen Wirkungen des elektr. Stromes. Invalidenstr. 57/62. Tägl. Sternwarte. Passage-Theater. Anfang wochent. 5, Sonntags 2, Ende 11 Uhr. Beginn des Abendprogramms 8 Uhr. Adelina Sozo Prima ballerina assoluta. Traudchen Hundgeburth, die Kuhmagd aus dem Rheinland. Hiasl und Franzl, die bayrischen Juxbrüder und Schuhplattler. 17 erstkl. Nummern. Deutsche Konzerthallen. An der Spandauer Brücke 3. Vornehmst. Vergnügungsort! Täglich: Internationale Konzerte. Spezialität: Doppel-Vorstellung von nur erstklassigen Kräften. Special-Ausschank der Berliner Bock-Brauerei. Vorzügliche Küche. Gut gepflegte Biere. Saussouci. Kottbuserstr. 4a. Wiederauftreten von Adolf Hoffmann. Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag Hoffmanns Norddeutsche Sänger. Nach jeder Soutire: Tanz. Anfang Sonntags 7 Uhr, von 5-7 Uhr Konzert. Entree 50 und 75 Pf. Wochentags Anfang 8 Uhr, Entree 30 u. 50 Pf. Wochentags Vereinsmitglieder gratis und Tanz frei. Alle andern Tage bleiben die Säle zu Festlichkeiten und Versammlungen frei.

Louis Kellers Festsäle Köpenicker Str. 29. Jeden Dienstag: Norddeutsche Sänger (Fuhrmann, Horst, Walde). Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pfennig. 25198* Nach jeder Soutire: Familien-Kränzchen. — Bond haben Gültigkeit. — Jeden Mittwoch: Berliner Prater, Kasernen Allee. Cirkus Renz-Konzert-Tunnel Karlstrasse. Jeden Sonntag 7 Uhr. Sonntag 5 Uhr. Spezialitäten. J. H. Matt. Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung. Cirkus Albert Schumann. Ronz-Gebäude, Karlstrasse. Dienstag, den 15. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: Grosse ausserordentliche Gala-Vorstellung. Zum 4. Male: A Travers Paris (Quer durch Paris) mit dem Schloßhast: Nordseebad Scheveningen. Große Ausstattungsstücke mit der Gegenwart mit hervorragenden Licht- u. Wasserfällen in 8 Akten von René Louis, Paris. Musik von Emile Doloret, Paris. Insuliert vom Balletmeister G. Pratal. In Scene geht vom Director Albert Schumann. Vorher ganz exquisites Programm und Hr. Ad. Schumanns anerkannt unerreicht dascheude Orig. Direktionen. Anfr. sämtl. neu engag. Spezialitäten. Morgen Mittwoch: Novitäten. Abends 1. Austr. des weltberühmten bis jetzt unübertroffenen Dompteur Hr. Ephraim Thompson mit seinen brillantesten Wunder-Elefanten. Reichshallen. Stettiner Sänger. Herrliches Programm, u. a. „Bosco“. Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

Metropol-Theater. Schön war's doch! Gr. Berliner Ausstattungssposse mit Gesang u. Tanz in 5 Bildern. Emil Thomas a. G. Joseph Josephi a. D. H. Bender. G. Kaiser. Else de Veré a. D. Frid-Frid. F. Georgette. Gastspiel: Saharet! Anfang 8 Uhr. Rauchen überall gestattet. Casino-Theater Lothringerstrasse 39. Von morgen den 16. Oktober an: 5 neue Debuts u. a. Hr. Resieps, zum erstenmal in Berlin. — Die drei reizenden Silvias — Steidl. Berlin W. — Berlin W. Anf. wochent. 8, Sonntags 7 1/2 Uhr. Zum Leydecker Sophien-Strasse 31. Jeden Sonntag, Dienstag, Donnerstag u. Ball. Entree frei mit Garderobe. Anf. Sonntags 4 Uhr, Wochentags 9 Uhr.

Apollo-Theater. Heute zum 400. Male unter persönlicher Leitung des Komponisten Paul Lincke Frau Luna mit dem sensationellen Luftballon Grigolatis. Ferner: 10 allererste Specialitäten. Anfang 8 Uhr. Cirkus Busch. Dienstag, 15. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: Gala-Abend. — Zum erstenmal in Berlin: Herr Maximilian Brose 5 Elefanten. — Mit seinen Wühmern das gewählte Gals-Programm. Als zwei Brandenburg allweg. Hr. Ritter u. Ritter-Schauspiel aus der turbrandenb. Zeit zu Wasser u. z. Lande. Palast-Theater (früher Feen-Palast) Burgstr. 22. Direktion: Winkler u. Fröbel. Ganz Berlin amüsiert sich über das neue tolleste Oktober-Programm 15 sensationellen Nummern. Ganz Berlin lacht um 8 1/2 Uhr Director Wilhelm Fröbel in der erfolgreichsten Operette Weibliche Barbieren. Neueste Tagesrevue! Lebende Riesen-Photographie u. Anf. 8 Uhr. Kasseneröffnung 7 Uhr. Bühnenvorverkauf von 11-1 Uhr. W. Noacks Theater. Frauenstraße 16. Die Gise vom Erlenhof. Volksstück in 5 Akten v. Gont. Einad. Nach der Vorstellung: Tanzkränzen. Mittwoch: Maria Stuart. Herren-Anzüge, Polirois u. Raab, eleg. Ausb. auch fertige Garderobe am Lager, liefert Landbergerstr. 13 prt. J. Anzberg, Toillierung gestattet.

Eigene Fabrikation.
Zertige Kleider
Enorm billig
praktische reitwoll.
Jackettkleider
neue Modelle
elegante Façons
in Covercoat u. Domespun
15 W., 20 W.,
in feiner Ausfertigung 30 W.
Reich garnierte

Strassenkleider
20 W., 25 W., 30 W.
Schwarze Kleider in
Phantafeststoffen 20 W., 25 W.,
Blusenhemden
entsprechende Wiener Streifen
4.50 W., 6.50 W., 8 W.
Eleg. weisse Kleider in
Cheriotfaçon 30 W.
Tailor made-Kragen
aus feinem Stoff, hellfarbig
u. schwarz, glatt u. bestickt 15 W.,
20 W.

Kostümröcke
elegante Façons
6 W., 7 W., 10 W., 12 W.,
15 W., aus Seide 25 W.,
aus Alpaca 4.50 W., 6 W.,
bis 30 W., aus weiss und
crème-Cheviot und Piqué
3, 5, 7-15 W.

Englische
Tailenkleider
tabelloser St., feinste Schneider-
arbeit in Cheriot, Domespun und
Sobelin 36 W., 45 W., 50 W.

Seidenblusen
in eleganten Phantafeststoffen
6.50 W., 8 W., 10 W., 15 W.

Sielmann & Rosenberg
Kommandantenstrasse,
Ecke Lindenstrasse.
Mass-Anfertigung.

Meissner Dombau-
Geld-
Lotterle
Ziehung schon 25. October cr.
13100 Geldgewinne darunter
ohne jeden Abzug zahlbar von Mk.
375000
Die Hauptgewinne sind:
100000
60000
40000
20000
10000
etc. etc. etc.
Originallosse 4 3 Mk.
Fis-Porto und Liste 20 Pf. extra.
Oscar Bräuer & Co. Nachf.
Haupt-Geschäfts-
Stelle, Friedrichstr. 181.
Filialen:
NW.: Wilmsackerstr. 63.
O.: Andreasstr. 46 a.

Konsumenten
organisiert Euch!
Berliner Konsum-Genossenschaften und Umgegend:
(Eingetragene Genossenschaften mit beschränkter Haftpflicht)
Konsum-Verein Berlin-Rixdorf.
Mitgliederzahl: 3000. Umsatz im September: 40 000 Mark.
Berlin SO., Wälderstr. 38.
Faldensteinstr. 6.
Rixdorf, Zietenstr. 31.
Hohereichstr. 82.
Koselstr. 4.
Birk, Werderstr. 33.
Trepzow, Baumkühlenweg 36.
Steglich, Schloßstr. 87 a.
Johannisthal bei Senftenben.
Oberföhrenweide, Edisonstr. 4.

Konsum-Verein Berlin-Nord.
Mitgliederzahl: 1500. Umsatz im letzten Jahre 185 345,41 W.
Sinetaplatz 1.
Chorinerstrasse 46.
Buttmannstrasse 19.
Wildebauwische 30.
Gartenstrasse 3.
Wielestr. 31 (Moabit).

Konsum-Verein Berlin-Süd.
1. Verkaufsstelle: Grundstrasse 5.
2. Gräfelstrasse 40.

Konsum-Verein Charlottenburg
1. Verkaufsstelle: Wilmersdorferstrasse 27.
2. Tauroggenstrasse 10.

Konsum-Verein für Schöneberg
1. Verkaufsstelle: Apostel-Bauhofstrasse 27.
2. Gothenstrasse 1.

Konsum-Genossenschaft Friedrichshagen u. Umgeg.
1. Verkaufsstelle: Friedrichstrasse 98.

Konsum-Genossenschaft Adlershof
1. Verkaufsstelle: Gadenbergstrasse 29.
Geöffnet von 8-8 Uhr. Sonnabends bis 9 Uhr. Sonntags geschlossen.
Der Verkauf findet nur an Mitglieder statt. Die Mitgliedschaft kann
in jeder Verkaufsstelle gegen Einzahlung von 50 Pf. erworben werden.
Frauen, Arbeiter! Die Organisation der Konsumenten
wird zur dringenden Pflicht. Hier wird Euch Gelegenheit
geboten, Eure Lebenshaltung zu verbessern, Eure wirtschaft-
lichen Interessen zu wahren. Schließt Euch obigen Konsum-
Genossenschaften an.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Morgen, Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus,
Engel-Ufer Nr. 15:
Vertrauensmänner-Versammlung
für sämtliche Bezirke und Branchen.
Tages-Ordnung:
1. Der Umschwung in der Rechtsprechung des Arbeitsvertrages. Referent
Rechtsanwalt Dr. Heinemann. 2. Tarifstreiks und Differenzen.
3. Verbandsangelegenheiten.
Jede Werkstatt muß vertreten sein.
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Achtung!
Musikinstrumenten- = Arbeiter
und = Arbeiterinnen.
Dienstag, 15. October, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus,
Engel-Ufer 15 (gr. Saal):
Große öffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Die Schädigung der Musikinstrumenten-Industrie durch den Passiv
und weiches Interesse haben die Arbeiter an der Behaltung eines freien
Handelverkehrs. Referent Kollege Robert Schmidt. 2. Diskussion.
3. Beschlußes.
Kollegen! Es gilt Protest einzulegen gegen die unaufrichtige Schädigung
unserer Industrie durch die Zollpläne der Regierung; darum ist es
dringend notwendig, in der Versammlung zu erscheinen.
Die Branchen-Kommission.

5 1/2 Pfund Brot 50 Pf.
Backware
6 Stück für 10 Pf.
Albrechts Bäckerlein:
Drangelstrasse 9, Krautstrasse 19,
Wallensteinstr. 28, Saufherstr. 2.

Gänsefedern 60 Pf.
v. P. (größer zum Zeigen).
Schlafesfedern, wie sie v. d. Gans
fallen, mit allen Daunen in 1.50,
säufeliger Gänsefedern in 2.00,
bessere dauniger Waare in 2.50,
3.00, beste schneeartige in 3.50,
russische Daunen in 3.50, weiße
böhm. Daunen in 3.00, ge-
richtene Federn in 1.50, 2.00,
3.50. Prima geriffelte in 3.00,
2.50. Versand gegen Nachnahme.
Gustav Lustig, Berlin S.,
Oranienstr. 46a.
Einf. Bettfedernfabrik m. verschr.
Vertrieb. Die Anfertigungsfabrik.

Musiker-Börse
Arbeitsnachweis der unterzeichneten Vereinigung empfiehlt zu
allen Gelegenheiten, Hochzeiten, Konzerten, Bällen, Ständchen,
Trauerfeierlichkeiten 50/18

Musik
in Streich-, Blas- oder Klavierbesetzung vom kleinen bis größten
Orchester. Einzelne Pianisten stets am Hand.
Börsenzeit: Täglich vormittags von 10 1/2 bis 1 Uhr,
abends von 7 bis 9 Uhr, und werden Musik-
bestellungen von unserm Vertreter zu dieser Zeit mündlich entgegen-
genommen. Schriftlich zu jeder Zeit.
Börsenlokal nur C. Rosenthalerstr. 57 Hof
Restaurant Bauer.
Alle andern sogen. Musikerbörsen sind Privatunternehmungen.
Freie Vereinigung der Civil-Veranstalter
Berlin und Umgegend.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
(Zahlstelle Rixdorf.)
Mittwoch, den 16. October, abends 8 1/2 Uhr, bei Thomas
(Apostel-Säle), Hermannstrasse Nr. 48:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 2. Quartal. 2. Bericht der Kontrollkommission.
3. Beschlußfassung über das Regulative des Streifensfonds. 4. Verbands-
angelegenheiten und Beschlußes. 109/13
Am 2. November findet unser **Stiftungsfest** ebenfalls
statt, worauf wir besonders aufmerksam machen. Bittet sind bei den
Komiteemitgliedern zu haben. Alles Nähere in späterer Annonce.
Regen Besuch erwartet
Die Ortsverwaltung.

Von der Reise zurück
Dr. med. B. Lasker,
Alexanderstrasse 42.
Spezialarzt für Haut- und
Beinleiden.

Gardinen
Reinigen, Secession's- und
Jugendstil, circa 250 Muster.
Katalog (450 Muster) franco.
Reste von 2-6 Fenster unter Preis.
Emil Lefèvre, Berlin S.,
Oranienstr. 158.

Die Köl'nische Unfall-Versicherungs-
Actien-Gesellschaft in Köln a. Rh.
gewährt unter kasserst vorteil-
haften und liberalen
Bedingungen (insbesondere
auch Wirbelwinde,
Cyclone, Tornados) und
deren Begleiterschönungen.
Die Versicherung erstreckt sich
auf Gebäude aller Art, sowie deren
Inhalt als: Mobiliar, Maschinen, Ein-
richtungen, Waren und Vorräte.
Nähere Auskunft erteilt gerne **Die Direktion**
sowie alle Vertreter.

Album-Arbeiter!
Mittwoch den 16. October, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus,
Engel-Ufer 15:
Öffentliche Versammlung
der in den Albumfabriken beschäftigten Arbeiter und
Arbeiterinnen.
Tages-Ordnung:
1. Die wirtschaftlichen Krisen und ihre Bedeutung für die Arbeiter.
Referent: Reichstags-Abgeordneter Fritz Zabeil. 2. Branchen-An-
gelegenheiten. 3. Berichtes. 26/6
Kollegen und Kolleginnen! In Anbetracht der Wichtigkeit der Tages-
ordnung ist es unbedingt notwendig, daß Sie alle erscheinen und ersucht um
zahlreichen wie pünktlichen Besuch. **Der Einberufer.**

Wegen drohenden
Abbruchs
des Hauses **Breite Strasse 20**, gegenüber
dem Köllnischen Fischmarkt,
löse ich mein seit 43 Jahren bestehendes
Geschäft auf.
Gänzlicher Ausverkauf
der grossen Läger von
Teppichen
Gardinen
Porzellan
Steyppdecken
Schlafdecken
Läuferstoffen
etc. etc.
Verkauf von morgens 8 Uhr bis abends 8 Uhr
nur gegen Kasse.
Der **Ausverkaufspreis** ist auf jedem Gegenstand
neben dem alten Preise mit Blaustift vermerkt.
A. Löwenthal
Breite Strasse 20
Ecke Scharrenstrasse.

Künstl. Zähne
ohne Entfernung der Wurzel
Schmerzloses Zahnziehen.
Plomben sowie sämtliche
Zahnoperationen schmerzlos.
Teilzahlung per Woche 1 Mk.
Meine 15jährige Thätigkeit im Beruf bürgt für exakte und
gewissenhafte Ausführung. 23482
Franz Steffens, Rosenthalerstr. 61, Ecke Steinstrasse.

Dr. Schünemann,
Specialarzt für Haut-, Haarn- und
Frauenleiden. Seydelstr. 9.
Sprechstunden: 1/2 12-1/2 3, 1/2 6-1/2 8.

Dr. med. Schaper
homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f.
Haut- u. Harnleiden,
Frauenkrankheiten.
Königsgrünerstr. 27. Spr. 9-1. 4-7.

Bruch-Pollmann
empfiehlt sein Lager in Bruchband-
agen, Leibbinden, Geradhalter, Spritzen,
Suspensoren, sowie sämtl. Artikel zur Krankpflege.
Eigene Werkstatt.
Viereckstr. 10. u. Hülf-Krankenhaus
Berlin C. [22420]
30. Timien-Strasse 30.

Eugen Joachims Möbelfabrik
Rene Königstrasse 59, nahe Alexanderplatz.
Großer Möbelspeicher. Spezialgeschäft für kleine und mittlere Woh-
nungs-Einrichtungen. Teilzahlung unter den günstigsten Bedingungen
gestattet. Beamten mit ganz geringer Anzahlung. Ganz besonders zu
empfehlen ist der große Vorrat verleiher gewesener und gebrauchter
Möbel, die wie neu sind und billig abgegeben werden. Brautleute,
welche eine dauerhafte und billige Einrichtung tunen wollen, bitte ich,
ohne jeden Kaufzwang mein solides Lager vor Einkauf zu besichtigen.
Verlangen Sie mein Musterbuch gratis und franco. Durch größere
Masseneinkäufe und Ersparung der teuren Rohmaterialien bin ich im Stande,
Möbel und geschmackvolle Wohnungs-Einrichtungen für 150, 200, 300
bis 10 000 W. zu liefern. Kommode 17, Waschtisch, Diwan mit Sitz-
auszug 35, Spiegel 6, Tischstühle 35, Bettstelle mit Matratze 21,
Stühle 3, alle Arten Rückenstuhl, Kaffee- und Wassergarnituren
Kleiderstühle, Vertikons 36 W., Waschtisch mit Sprungfeder-
matratze 38, elegante Säulenträumeur 45, Wäscherhäute, Salom-
garnituren 105, Buffet aller Art, seidene Garnituren, sehr wenig ge-
braucht, spottbillig. Ganze Speisezimmer und Schlafzimmer. Gebaute
Möbel können beliebige Zeit bei mir kostenlos lagern. [22019]

Deutsch. Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.
Mittwoch, den 16. October, abends 8 1/2 Uhr:
Konferenz der Vertrauensleute des Südens
im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 1.
Reichreichen Besuch erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Achtung!
Mittwoch, den 16. October, abends 8 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
des Zweigvereins Berlin III vom Centralverband der Maurer
in den Arminiahallen, Kommandantenstr. 20.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Rassenbericht. 4. Beschlußes.
262/20 **Der Vorstand.**

Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer
Berlins und Umgegend.
Mittwoch, den 16. October, abends 8 Uhr:
Drei große Mitglieder-Versammlungen
für Osten, Südoften und Süden
in den **Central-Festsälen**, Oranienstr. 180;
für Norden, Nordosten, Oranienburg, Vorstadt
und Gesundbrunnen
im **Swinemünder Gesellschaftshaus**,
Swinemünderstrasse 42;
für Wedding, Moabit und Charlottenburg
in den **Arminiahallen**, Bremerstr. 72/73.
Tagesordnung in allen Versammlungen:
Vortrag über: „Ursachen und Bedeutung der Arbeitslosigkeit
im Sangewerbe.“
Kollegen! In Anbetracht der für jeden Einzelnen so wichtigen Tages-
ordnung ist das Erscheinen sämtlicher Kollegen dringend notwendig.
130/8 **Der Vorstand.**

Versammlung
aller Mitglieder der Orts-Krankenkasse der Schlosser
Dienstag, den 15. October 1901, abends 8 1/2 Uhr,
bei Gohn, Weinstrasse Nr. 20.
Tages-Ordnung:
Aufstellung der Kandidatenliste zur Delegiertenwahl der General-
versammlung der Orts-Krankenkasse der Schlosser.
Es ist durchaus notwendig, daß die Kollegen zahlreich und
pünktlich erscheinen. **Lubatsch.**
119/16

Zähne 2 W. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzlos. Zahn-
ziehen 1 W. Plomben 1.50 W. Teilzahl. wöchentl.
1 W. Zahnarzt Wolf, Reipzigerstr. 130. Spr. 9-7.

Kommunalwähler-Versammlungen

Dienstag, den 15. Oktober, abends 8¹/₄ Uhr:

4., 9., 10. Bezirk (2. Wahlkreis)

bei Habel, Bergmannstr. 5/8.
Referenten: Genossen **Zubeil** und **Dr. Bernstein**.

11., 12. Bezirk (4. Wahlkreis 80.)

Central-Festsaal, Cranienstr. 180.
Referenten: Genossen **Th. Metzner** und **G. Schulz**.

22., 23. Bezirk (4. Wahlkreis 0.)

Königsbank, Frankfurterstr. 117.
Referenten: Genossen **H. Heimann** und **Dupont**.

29., 41. Bezirk (5. Wahlkreis)

im Rosenthaler Hof, Rosenthalerstraße 11/12.
Referent: Genosse **Paul Singer**.

32. Bezirk (6. Wahlkreis)

bei Dase, Brunnenstr. 154.
Referenten: Genossen **F. Wilke** und **Dr. Karl Liebknecht**.

34., 35. Bezirk

bei Puhlmann, Schönhauser Allee 148.
Referenten: Genossen **Wurm** und **Ramlow**.

36. Bezirk

bei Sübner, Stinnesmünderstr. 42.
Referent: Genosse **Dr. Weyl**.

44., 45. Bezirk

in Ahrens Brauerei, Turmstr. 25/26.
Referenten: Genossen **Th. Glocke** und **Dr. Karl Liebknecht**.

48. Bezirk

bei Wwe. Schirm, Badstr. 19.
Referent: Genosse **Wilh. Pfannkuch**.

Tages-Ordnung:

1. Die bevorstehenden Kommunalwahlen.
2. Aufstellung der Kandidaten.

Um zahlreichem Besuch der Versammlungen ersuchen

200/17*

Die Vertrauensleute.

Frauen! Achtung! Männer!

Am Mittwoch, den 16. Oktober, abends 8 Uhr, im „Eiskeller“, Schönebergstr. 88:

Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Robert Seidel** (Bülich) über: „Die Geschlechtertrennung in der Schule — eine pädagogische Sünde“. 2. Diskussion.
Zahlreiches Erscheinen ist erwünscht.

Die Vertrauensperson.

Vorläufige Anzeige!

Am Donnerstag, den 18. Oktober findet ebenfalls in Habels Brauerei, Bergmannstr. 5/8 eine Volks-Versammlung statt, in der Genosse **Robert Seidel** (Bülich) referieren wird über: „Der Schweizerische Volksstaat“.

Voranzeige.

Freireligiöse Gemeinde

(Zum Besten des Baufonds)

Sonntag, den 17. November 1901

Bunter-Buntes-Theater!

in Kellers Festsaal, Koppenstr. 29.

Leber-Leberbrett

unter persönlicher Leitung des

Direktors **E. von Ungezogen**.

Sämtliche Nummern des Programms sind von

Dichter-Fürsten

der Gegenwart und Vergangenheit!

und werden dargestellt

von den ersten Künstlern und Künstlerinnen der Zukunft.

(Ausgeführt ausschließlich von Kindern der Gemeinde.)

Dazu

==== Grosses Konzert. ====

Anfang präzis 5 Uhr.

Näheres folgt.

Meissner Geld-Lotterie

Ziehung vom 26. Oktober bis 2. November 1901

Höchster Gewinn **100,000 M.**

im günstigsten Fall:

2500L*

In Summa **13100** Gewinne ohne jeden Abzug zahlbar.

Lose a 3 Mk., für Porto und Gewinnliste 30 Pfennig extra, empfiehlt und versendet auch unter Nachnahme

Carl Heintze, Bankgeschäft, Berlin W., Unter den Linden 3.

Hermann Meyer & Co.

BERLIN O.

Fruchtstrasse 74.

Billigste Bezugsquelle reeller Spirituosen.

Fernsprecher Amt 7, 3781.

Tafel-Liqueure A.	1/1 Fl.	1/2 Fl.	
Alpenkräuter	0,75		
Thornor Lebenstropfen	0,80		
Stonsdorfer	0,70	0,40	
Berliner Getreidekümmel	0,90		
Berliner Doppelkümmel	0,80		
Halb und Halb	0,80	0,45	
Ingwer, Citronen, Kalmus, Bergamott, Himbeer, Pfeffermünz, Magenbitter, Pommeranzen, Rosen, Vanille, Stargarder Tropfen, Ingwer-Magenwein, Trakehner Meyers feiner Magenbitter	1,—	0,55	Die Tafel-Liqueure A. sind die gewöhnlichen in Berlin gangbaren Sorten. Die billigen Preise sind durchaus nicht auf Kosten der Qualität gestellt, vielmehr gehören diese Liqueure zu den besten gleichnamigen Fabrikaten. Unser Grossbetrieb und der grosse Absatz ermöglichen uns diese günstige Preisstellung.
	0,90	0,50	
Feine Tafel-Liqueure B. in Originalflaschen. Anisette, Bergamotte, Bitter- und Grün-Pommeranzen, Curacao, Vanille, Rosen, Ingwer, Ingwer-Magenwein, Maraschino, Pfeffermünz	1,40		Tafel-Liqueure B. gehören zu den feinsten in Deutschland hergestellten Qualitäten. Diese Liqueure sind nur in unseren Originalflaschen käuflich.
Hochfeine Tafel-Liqueure C.			
Cherry-Brandy	1,65		
Allasch	1,75		
Cordial	1,75	0,95	
Goldwasser	1,90	1,00	
Eccan 00	2,25		
Cacao à la vanille	2,40	1,25	
Crème de Mocca	2,40	1,25	
Pommeranzen 00	2,40		
Choriner Cistanjenser grün u. gelb	2,40	1,25	
Peppermint grün	2,40	1,25	
Kurfürstl. Magenbitter	2,40	1,25	
Abricotine	2,90	1,50	
Abtey-Liqueur I	2,90	1,65	
Abtey-Liqueur II	1,90	1,00	
La Mirabella	2,90	1,50	
La Prunelle	2,90	1,50	
Booncamp	1,50	0,80	
Nervus rerum, Gesundheits-Bitter (gesetzlich geschützt)	1,65		Bitter-Liqueure. Unser Nervus rerum ist ein aus magenstärkenden, medizinischen Kräutern hergestellter, sehr kräftiger Süß-Bitter mit ausgezeichneter Wirkung bei Verdauungsstörung.
Kujawiak, arom. Bitter	1,90	1,00	
Angostura-Bitter	2,25	1,20	
El-Cognac, das Beste zur Stärkung, stets frisch. Nur in feinsten Qualität. 1 Ltr. 2,40 M., 3/4 Ltr. 1,80 M., 1/2 - 1,25 - 1/4 - 0,65 -			Wird von uns nur in frischer bester Qualität hergestellt. Besonders für schwache genesende Personen zu empfehlen, und auch in Krankenhäusern als Stärkungsmittel gebraucht.
Branntweine.			
Nordhäuser	0,60		
Nordhäuser, fein alt	0,90		
Nordhäuser, sehr alt	0,90		
Schl. Weizenkorn, fein alt	0,65		
Schl. Weizenkorn, sehr alt	0,90		
Tafel-Aquavit	0,80		
Steinhäger	1,40	0,75	
Slibowitz u. Kirschwasser	1,75	0,95	
	2,25	1,20	An Stelle der teureren Cognacs ist ein alter Nordhäuser und Weizenkorn zu empfehlen, nicht minder Slibowitz und Kirschwasser.
Cognac.			
Deutsch, Verschnitt-Cognac	0,90	0,50	
Original-Flaschen von Hermann Meyer & Co.	1,40	0,75	
	2,40	1,25	
	8,40	1,75	Das oben von den Liqueuren C. Gesagte gilt in noch höherem Masse von Cognac. Wenn die Flaschen nur ein französisches Etikett und noch irgend eine mehr oder weniger bekannte französische Firma tragen, wird ein ganz aussergewöhnlicher Preis bezahlt. Unsere Cognac-Fabrikation ist aber in Deutschland auf solcher Höhe, dass die an Frankreich gezahlten Millionen für diesen Artikel einen Nationalverlust darstellen. Unsere deutschen Original-Cognacs halten jede Konkurrenz mit dem viel teureren französischen aus. Auch die von uns geführten franz. Cognacs sind bei gleicher Qualität wesentlich billiger als die anderer französischer Firmen, welche sich lediglich ihren durch Reklame bekannt gewordenen Namen bezahlen lassen.
Franz. Verschnitt	2,—	1,05	
Franz. Cognac	2,75	1,50	
Franz. Cognac, fein	3,90	2,15	
Franz. Cognac, hochfein	5,40	2,90	
Rum und Arac.			
Verschnitt	0,90	0,50	
fein	1,25	0,70	
hochfein	1,75	0,95	
Original	2,50 bis	4,40	Wir beziehen nur feine, ausgesuchte Sorten in Rum und Arac und stellen die Qualität nach dem Preise, welcher jedoch sehr billig kalkuliert ist.
		1,20	
		1,20	
Punsch-Extrakte.			
Gähwein	1,—	0,55	
Arac-Punsch	1,25	0,70	
Grogk-Punsch	1,25	0,70	
Rum-Punsch	1,25	0,70	
Rotwein-Punsch	1,25	0,70	
Schlummer-Punsch	1,25	0,70	
Feinere Qualitäten	1,75	0,95	
Ananas-Punsch	2,25	1,15	
Burgunder-Punsch	2,25	1,15	Sind rein und zweckentsprechend fabriziert. Die teureren Sorten sind erste, unerreichte Fabrikate.

Alles excl. Flasche, welche mit 10 Pf. berechnet und zurückgenommen wird. Zu gleichen Preisen auch in unseren 250 Niederlagen erhältlich. Nach auswärts gegen Nachnahme. Nicht Zufriedenstellendes wird zurückgenommen. Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

A. Jandorf & Co.

Spittelmarkt 16-17
Ecke Leipzigerstrasse

Belle-Alliancestrasse 1-2
Am Blücherplatz.

Gr. Frankfurterstrasse 113
Ecke Andreasstrasse.

Schuhwaaren.

- Damen-Knopf- und Oesen-Stiefel Rossleder Paar **5,35 M.**
- Damen-Knopf und Oesen-Stiefel Chevreaux imitiert Paar **8,75 M.**
- Damen-Knopf- und Oesen-Stiefel Kalbleder Paar **8,75 M.**
- Damen-Filz-Schuhe Paar **1,40 M.**
- Damen-Melton-Steppschuhe mit Absatz Paar **1,60 M.**
- Damen-Lasting-Steppschuhe mit Absatz Paar **2,35 M.**
- Damen-Melton-Hausschuhe mit Absatz Paar **2,75 M.**

- Damen-Leder-Hausschuhe mit Futter Paar **3,25 M.**
- Herren-Leder-Zugstiefel Paar **4,90 M.**
- Herren-Leder-Schnürstiefel Paar **7,75 M.**
- Herren-Filz-Comtoirschuhe Paar **2,75 M.**

Mädchen- und Knaben-Knopf- und Haken-Stiefel Rossleder

	Grösse 25/26	27/30	31/35	36/39
genagelt	Paar 3,00 M.	3,50 M.	4,00 M.	5,75 M.
genäht	Paar 3,50 M.	4,50 M.	5,25 M.	6,50 M.

- Damen-Salonschuhe schwarz Paar **2,50 M.**
- Damen-Lack-Salonschuhe Paar **3,25 M.**
- Damen-Salonschuhe weiss Paar **2,90 M.**

- Damen-Pantoffel Paar **35 Pf. 65 Pf. 95 Pf. 1,40 M.**
- Herren-Pantoffel Paar **45 Pf. 1,— M. 1,75 M. 2,20 M.**
- Kinder-Pantoffel Paar **28 Pf. 40 Pf. 60 Pf. 85 Pf.**

Unsere Photographischen Ateliers

sind täglich von 8 Uhr Morgens bis 9 Uhr Abends geöffnet.

1 Dtz. Visit 1 Person 1,80 M. 1 Dtz. Cabinet 1 Person 4,80 M. 1 Dtz. Postkarten 1 Person 1,20 M.

Jedes **5 Pfennig.**
Wort: **5** Nur das erste
Wort fett. Worte mit mehr als
16 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Poststr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.
Restaurations, altes Geschäft, Arbeiterverehrungslokal, traufseitig halber zu verkaufen. Näheres bei Tempel, Große Frankfurterstraße 16. [740]
Edelexposition, Baugewand, sofort verkauflich. Große Nürnbergerstraße 38.
Schuhgeschäft mit Hausverwaltung billig zu verkaufen. In ersterer Meyer, Oderbergerstraße 39. 1044b
Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. [737]
Vierjährige elegante Herrenhosen aus feinsten Stoffen 9-12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verlanthaus Germania, Unter den Linden 21, II. 648b
Recherhandlung, Stoffe zu Giletts, Anzügen, Damenjaquets, Umhänge, Niederhosen, Mäntel, Sammet, Seide, Anglia, Polster nach Maß. Scholz, Grüner Weg 81.
Tennistennis Möbel, Oranienstraße 173, am Oranienplatz. Wenn Sie gute und gediegene Möbel billig kaufen wollen, so besichtigen Sie meine bedeutenden Lagerräume, denn ich liefere schon geschmackvolle Einrichtung von 200-300, elegante 400 bis 5000, zum Beispiel Nußschneid, Vertikal 45,00, Herrenschreibtisch 60,00, elegantes Buffet 150,00, Kuchentisch 30,00, Nußschneidstisch 45,00, Tischstühle von 80,00, Truhen von 45,00, Spiegelstühle von 28,00, verstellbare und zurückgelegte Möbel billig. Auch Teufelung.
Produktion und Hochkonsumtion. Geschäft der Schneider zu Berlin, Hammerstraße 20, liefert elegante Herren-Garderoben nach Maß zu soliden Preisen. Th. Hannemann, Schneidermeister.

Herrengarderobe, anfallende Expedition, Rahmabteilung, Garatodhina, Rabich Laband, Spandauerstraße 76.
Glacéhandschuhe, gut, reell, elegant ausgestattet 00,75, 00,95, 1,25, 1,50. Gefütterter 1,25. Regenstirme mit Silbergriff 3,00. Normalhänden 00,90. Unterhosen 00,75. Ein Vohren Korsetts zum Ausführen 1,55. O. Reich, Handschuh-Manufaktur, Spandauerstraße 16, 1 Treppe, kein Laden. Nähe Bahnhof Böde. [779]
Sportbillig, Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Remonteurwaren, Regulatoren verkauft Weidmann, Reanderstraße 6. [791]
Möbel-Gelegenheit. Beim Auktionsator Otto Videte, Mäckenstraße 36 (Schafpöcher), sehen zum sportbilligen Verkauf neue gediegene Einrichtungen, ein Vohren Sankttrumenau 30,00, Produktivische 20,00, Zimmerstühle 5,00, Nußschneid 25,00, Salon-garnituren, Paneelelotos, Kuchentische, Büffets, Schreibtische, Bücherstände, Salonbilder, geistige Uebergardinen, Divandeken, Stores, Steppdecken, Pianinos, Salonuhren, Tischdecken 5,00. Verschiedene Gelegenheitskäufe. Gefautes Lager unentgeltlich. [813]
Teppiche mit Farbenlehren, Fabriknebenstraße Große Frankfurterstraße 9, parterre. [737]
Kinderwagen. Sportwagen, Riesenwägen, Bazar Baby, Inonidenstraße 100, Frankfurterstraße 115, Oranienstraße 31, Belle-Alliancestraße 107, Reinholdsdorferstraße 24, Charlottenburg, Wilhelmsdorferstraße Nr. 55. Teilzahlung gestattet. [722]
Radräder, Joghreggarantie, 80,00. Schödel, Schindlerstraße 8. [795]
Nähmaschinen und Heuer-Verfäherung vermittelt Gustav Schmidt, Solmsstraße 43, Hof Keller. 857b

Nähmaschinenlager familiärer Systeme ohne Anzahlung, Woche 1,00. Lieferung nach allen Stadtteilen sofort. Landdörferstraße 82. [757]
Nähmaschinen. Familienbetrieber Systeme. Ohne Anzahlung, wochentlich 1,00, fünfjährige Garantie. Lurmsstraße 29. 2. Geschäft: Bernauerstraße 47b. [832]
Eisernen Ofen verkauft Vinger, Schützenstraße 18. 1039b
Walzstrahl, blutbildend, für Blutarme, Brustkranke, Schwächliche, Gewichtsabnahme, bessere Gesichtsfarbe, überauschend, 14 Flaschen 3 Mark, 1/2 Tonne 3,50 exklusive. Richt Glasdosen, Qualität mit Scheibel. Fortschreiter Ringler, Bernauerstraße 119. [118]
Steppdecken billig Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. [737]
Restaurations, Brunnenstraße, verkaufte Werkstätten im Hause, Vereinszimmer. Anfragen Schulte, Grenzstraße 5. [755]
Fahrrad, gut erhalten 45 Mark, Schindler Allee 177a. [1130]
Nähmaschinen, preiswerteste Bezugsquelle, ohne Anzahlung, Woche 1,00, Lieferung nach allen Stadtteilen sofort, Landdörferstraße 82, Köpplerstraße 60/61. [1121]
Grüntrampgeschäft, gut gehend, anderer Unternehmungen halber zu verkaufen. Auskunft erteilt Stirmemann, Ratiensstraße 7, I. [1125b]
Vermischte Anzeigen.
Vartisch Gesellschaft, Zeitstraße 41, Sätze, Vereinszimmer, Winter-Regelbahn zu vergeben. [1061b]

Patentanwalt Danmann, Wozigplatz 57, Auskunft bis abends 767b
Unfallfachen, Klagen, Eingaben, Reklamationen, Puffer, Steglitzerstraße 65. 934b
Rechtsbureau, Rechtshilfe, Klageerteilung, Andreasstraße dreinüchsig
Rechtsbureau, Zeitwörterbuch fünfjährig, Eingabengedichte, Klageerteilung. 817b
Rechtsbureau, Witten, Potsdamerstraße 26b. Klageerteilung durch fünfjährigen Landgerichtsrat a. D. Konsultation 1,00. Unentgeltliche Honorarkundung. 1090b
Rechtsbureau, Zivilklagen, Strafsachen, Wandengesuche, Steuerklagen, Schenkungsakten, Rat, Rechtsangelegenheiten. Julius, Gieselerstraße 65.
Kunstverfertiger von Frau Kofka, Steinwegstraße 48, Quergebäude hoch parterre.
Der Stoff hat? Fertige Herrenanzüge und Winterpaletots mit Futter, faden 15 Mark, mit Stoff 30 Mark. Wagner, Schneidermeister, Frankfurterstraße 59, III. [1047b]
Bücherkauf zu höchsten Preisen. System, Rausgrafenstraße 101.
Jeden Vohren Zuschüsse kauft Proderid, Oppelnerstraße 16. [1014b]
Metallbruch aller Art kauft Proderid, Oppelnerstraße 16. [1013b]
Augustabad, Köpplerstraße 60. Jeder Art für familiäre Krankenbetten. 736b
Vereinszimmer zu vergeben. Odter, Gerichstraße 56. [1043b]
Vereinszimmer empfiehlt Große, Brückenstraße 2. 1063b
Vereinszimmer, Regelbahn empfiehlt Vinger, Schützenstraße 18. *

Vernauß Heilfälle, Schwedterstraße 23, Der 23. und 24. November (Totenlamtag) frei geworden. [755]
Vereinszimmer mit Piano zu vergeben, passend für Zählstelle. Rudolf Juran, Naunynstraße 86. *
Mechaniker! Platina kauft allerhöchste Preise, Kederstraße 174 II. links. 119/8
Verloren Chef Nr. 40325 Deutsche Bank, Filiale Hamburg, sowie 400 Mark in 4 Hundertmarkstücken. Bitte erlösen Kinder dieleichen abzugeben gegen hohe Belohnung. Kautzerstraße 21 vorn 3 Treppen bei S. Zahn.
Vortrag über Naturheilverfahren Mittwoch, abends 9 Uhr, Straußbergerstraße 3. Nachher: Kranzchen.
Bücherkauf und Beilegung Hannemann, Kochstraße 56, I, Amt 6, 3397. 887b
Lebensgroße Brustbilder (64/50), Kreiszeichnung nach jeder kleinen Photographie, jetzt nur 3,75 M. Photographien werden abgeholt. Probebilder lege zur Ansicht vor. Postkarte! Fuchs, Neu-Weihensee bei Berlin, Sedanstraße 35, II. 1122b
Ein Vereinszimmer mehrere Tage in der Woche zu vergeben Rosenmeyer, Langestraße 10. 1126b

Zimmer.
Leere Stube zu vermieten. Bömer, Drebbenerstraße 97, Seitenkugel. [712]
Möbliertes Zimmer für zwei Herren, a 10 Mark, sofort zu vermieten. Rosenthal, Forsterstraße 54, Hof III.
Schlafstellen.
Fein möblierte Schlafstelle, Oranienstraße 186, vorn III, Bettig. [712]
Schlafstelle Drebbenerstraße 38, Witwe Blexente. 135/6
Freundliche Schlafstelle für Herren, separat Meyer, Behrdellnerstraße 35, vorn IV. 1127b
Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Blinder Stuhlrechner bittet um Arbeit. Stühle werden zu den billigen Preisen gefertigt, werden abgeholt und münchlich zurückgeliefert. Adresse: Wulandstraße 27, A. Giesler.
Stellenangebote.
Ladierer zur Ausschleife, sofort, Berger u. Co., Köpplerstraße 112.
Tüchtige Belegerinnen verlangt Max Lombard, Goldbleichen-Fabrik.
Blumenbinderin, bessere Sorten, nur im Hause, verlangt Sachse, Ritzdorf, Becklerstraße 89. 1131b

Vermietungen.

Wohnungen.
Vorzugs halber ist sofort eine Wohnung Stube, Küche zu vermieten, Danzigerstraße 17 vorn III bei Stuminger. [755]

Das Charlottenburger Wohnungsprojekt gefährdet!

Die Vorlage des Charlottenburger Magistrats wegen Errichtung und Vermietung von Häusern mit kleinen Wohnungen unter vorzugsweiser Berücksichtigung von städtischen Arbeitern und Beamten droht zu scheitern; sie wurde in der letzten Ausschusssitzung mit allen gegen vier Stimmen abgelehnt; statt dessen hat der Ausschuss Anträge zum Beschluß erhoben, die durchaus nichtig sind, das weiteste Entgegenkommen gegen die Hausagrarier bedeuten und die Wohnungsnot in Charlottenburg bereinigen sollen.

Wir haben seiner Zeit das Projekt des Magistrats, obwohl es uns lange nicht weit genug geht, doch als einen ersten ernstgemeinten Schritt auf dem Gebiete kommunaler Wohnungsfürsorge begrüßt und die sozialpolitische Einsicht des Charlottenburger Magistrats im Vergleich zu der der Berliner Verwaltung unumwunden anerkannt. Der Magistrat wird sich bei der Bourgeoisie, die ihre Herrschaft auf dem Dreiklassen-Wahlssystem begründet und bei den mit ihr vereinigten Hausagrarier bedenken können, wenn er seine wohlwollende Absicht nicht in die Tat umsetzen in der Lage sein wird. Die Vorlage gibt schließlich bekannt, daß die Stadt ein der Luisen-Kirchengemeinde gehöriges Gelände ankaufte und auf einem Teil desselben durch die Berliner Baugenossenschaft preiswerte Wohnungen für kleine Leute errichten läßt. Der Grund und Boden wird der Gesellschaft verkauft, der Kaufpreis wird ihr auf 30 Jahre gestundet und ist von ihr mit 3 Proz. zu verzinsen. Außerdem erhält sie ein weiteres Darlehen zu höchstens 4 Proz. in Gestalt von Bauschulden. Die Stadt behält sich ein Rückkaufsrecht nach Ablauf von dreißig Jahren und von da ab immer noch weiteren zehn Jahren vor.

Wegen dieses Projekt haben nun die Haus- und Grundbesitzer in der Presse und in Versammlungen eine lebhaft Agitation entfaltet. In einer Flugchrift stellen sie an die Gemeindevorstellung das unerhörte Ansuchen, jedem Privatunternehmer, welcher sich dazu verpflichtet, ein Haus mit kleinen Wohnungen zu bauen, unter gewissen Bedingungen dieselben Vorteile einzuräumen, wie den Baugenossenschaften, denn diese Genossenschaften sind eine Unternehmerform, welche nur auf Grundlage vollständiger Gleichberechtigung mit der Privatbauwirtschaft in Konkurrenz treten darf. Mit dieser grenzenlosen Unkenntnis vom Wesen des genossenschaftlichen Gedankens und mit alten abgedroschenen Phrasen wagt diese Interessengruppe gegen eine vom sozialen Geist diktierte Maßregel, die der Allgemeinheit zu gute kommen soll, mobil zu machen. Und dabei haben sie den tauartigen Mut, so zu thun, als ob sie nur gleiches Recht für alle verlangten. Ihren höchsten Gipfel erreichte die hausagrarische Unverschämtheit in einer Versammlung des Haus- und Grundbesitzervereins, die in der vorigen Woche in Anwesenheit einer großen Anzahl bürgerlicher Stadtverordneten eine Resolution annahm, die wir, um zu zeigen, wohin das Streben jener Rikane geht, im Wortlaut mitteilen:

Die heute auf Veranstaltung des Haus- und Grundbesitzervereins vom 18. Sept. 1901 abgehaltene, zahlreich besuchte Versammlung kam sich mit den vom Magistrat in seiner Vorlage an die Stadtverordneten-Versammlung vom 28. Juli 1901 zur Vereinfachung der Wohnungsnot gemachten Vorschlägen nicht einverstanden erklären. Insbesondere erklärt die Versammlung:

1. Die vom Magistrat beantragten, weitgehenden Unterscheidungen gemeinschaftlicher Baugenossenschaften werden für die Gemeinde selbst eine unberechenbare Gefahr heraufbeschwören;
2. diese Unterscheidungen der Baugenossenschaften werden auch den Privat-Hausbesitzer bzw. den Privat-Bauunternehmer in einer Weise schädigen, daß er gegenüber den subventionierten Baugenossenschaften vollständig machtlos dastehen würde;
3. die ausgleichende Gerechtigkeit würde daher verlangen müssen, daß die Gemeinde entweder von allen Unterscheidungen der Baugenossenschaften Abstand nimmt, oder die gleichen Vorteile, welche sie den Baugenossenschaften einräumt, allen Privatpersonen zu teil werden läßt, welche schon jetzt Wohnungen für die minderbegüterten Volksklassen erbaut oder zu erbauen die Absicht haben;
4. falls die Gemeinde für ihre eignen Arbeiter Häuser mit kleinen Wohnungen erbauen sollte, würde es nicht angebracht sein, solche in der Sophie-Charlottenstraße zu konzentrieren, sondern derartige Häuser in verschiedenen Teilen der Stadt oder namentlich in der Nähe der städtischen Betriebswerkstätten aufzuführen;
5. zur radikalen Vereinfachung des herrschenden Mangels an kleinen Wohnungen ist die schleunigste Ausschließung weiterer Stadtgebiete dringend erforderlich.

Von den einzelnen Punkten der Resolution ist der letzte am schärfsten und durchsichtigst am weitesten. Um ihn aber richtig würdigen zu können, muß man wissen, daß sich jene Forderung auf dem Nordwesten Charlottenburgs bezieht. Gewiß ist es dringend notwendig, diesen Stadtteil zu erschließen, aber mit der Vereinfachung der augenblicklichen Wohnungsnot hat das nichts zu thun. Das Projekt zur Kanalisation des Nordwestens ist in den letzten Tagen genehmigt, und selbst wenn unverzüglich mit den Arbeiten vorgegangen wird, wird es noch mindestens 2-3 Jahre dauern, bevor in jenem Stadtteil gebaut werden darf. Uebrigens, wer garantiert denn dafür, daß nach Erschließung des Nordwestens auch wirklich die private Bauwirtschaft dort einsetzt? Wir haben Grund anzunehmen, daß es den „menschenfreundlichen“ Mitgliedern des Haus- und Grundbesitzervereins nur darum zu thun ist, die Preise für den im Nordwesten belegenen Boden gewaltig in die Höhe zu treiben. Es wird sich dort eine Spekulation in Grund und Boden herausbilden, die kaum ihresgleichen hat. Interessant wäre es natürlich, zu erfahren, wie viele Mitglieder der Charlottenburger Gemeindevorstellung in dem neu zu erschließenden Stadtteil Gelände besitzen, also selbst an dem Ausschluß interessiert sind.

Unter Führung des Stadtverordneten-Vorsiebers Ströbber haben nun die Mitglieder des Ausschusses vor den Hausagrarier den Notruf gemacht, sie haben unter Ablehnung der Vorlage den Magistrat ersucht, alles zu thun, um der Privatindustrie durch Ausschließung von noch nicht ausgeschloßenem Gelände Gelegenheit zu geben, den Bau von kleinen Wohnungen von 1 bis 3 Zimmern, mehr als bisher gesehen, in die Hand zu nehmen; ferner durch öffentliche Bekannmachung Bauunternehmer, Handwerker und andre Genossenschaften zur Abgabe von Offerten für die Erbauung von kleinen Wohnungen auf Grund der vom Magistrat im Einverständnis mit der Stadtverordneten-Versammlung festgestellten Bedingungen aufzufordern, und endlich die Grundstücke festzustellen, unter denen die Stadt Beihilfen zum Bau von kleinen Wohnungen gewährt.

Ein geradezu lächerliches Resultat, nachdem sich fast ein Jahr hindurch die gemischte Deputation aufs eingehendste mit den Maßnahmen zur Vereinfachung der Wohnungsnot befaßt hat und endlich zu positiven Vorschlägen gelangt ist! Und welche Fronte liegt darin, daß die Beschlüsse des Ausschusses zurückzuführen sind auf Anträge des Herrn Ströbber, des Führers derjenigen Fraktion, die die absolute Mehrheit in der Stadtverordneten-Versammlung hat, des selben Mannes, der durch eine von ihm begründete Interpellation vor Jahresfrist den Stein ins Rollen gebracht hat? Vor einem Jahre konnte Herr Ströbber nicht eindringlich genug den Magistrat an seine Pflicht erinnern, etwas zur Linderung der Wohnungsnot zu thun und heute lehnt er alle Vorschläge ab. Ja, er will sogar der Privatindustrie auf Kosten der Gesamtheit Vorteile zuwenden, im übrigen aber alles beim alten lassen. Freilich, die Wahlen stehen vor der Tür, und Herr Ströbber darf die Wähler erster und zweiter Klasse, die bisher mit ihm durch

die und dann gingen und die von einer Wohnungsfürsorge nichts wissen wollen, nicht vor den Kopf stoßen.

Dabei ist die Wohnungsnot in Charlottenburg nicht in der Abnahme, sondern in der Zunahme begriffen; die Zahl der leerstehenden kleinen Wohnungen geht ständig zurück, die Mieten steigen noch immer gewaltig. Nach den Mitteilungen des statistischen Amtes sind vom Mai 1898 bis Mai 1900 die Mieten für einzimmerige Vorderwohnungen von 189 auf 225 M., für einzimmerige Hinterwohnungen von 175 auf 282 M., für zweizimmerige Vorderwohnungen von 314 auf 423 und für zweizimmerige Hinterwohnungen von 296 auf 347 M. gestiegen. Also eine Steigerung bis um 60 Prozent! Die Zahl der Obdachlosen betrug am 30. Juni d. J. 49 Männer, 78 Frauen, 317 Kinder, am 10. Juli 53 Männer, 80 Frauen, 318 Kinder, und am 1. Oktober kamen sogar 100 Familien mit 579 Köpfen keine Wohnung finden, darunter nicht ein einziger, der nicht seit mindestens 2 Jahren in Charlottenburg anläßt ist.

Unter solchen Umständen die Magistratsvorlage ablehnen, wäre ein himmelführendes Verbrechen an der Charlottenburger Bevölkerung. Zwar ist die Hoffnung, daß das Plenum zu einem andern Resultat gelangt als der Ausschuss, nur sehr gering. Jedemfalls wird es Sache der Sozialdemokratie sein, alles zu thun, um die Massen über das volksfeindliche Gebahren des Stadtparlaments aufzuklären und eine gewaltige Protestbewegung gegen die verkappten und offenen Hausagrarier zu entfesseln. Die Diktatur wird das Proletariat jenen Herren am 6. November, dem Tage der Stadtverordneten-Wahlen, erteilen.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Die Kommunalwähler-Versammlung für den 20. und 21. Bezirk findet heute nicht in den Johannisfälen, sondern im Rosenhäger Hof, Rosenhägerstr. 11-12 statt. Referent ist Genosse Paul Singer.

Wilmersdorf. Mittwochabend 8 1/2 Uhr findet eine außerordentliche Versammlung des Wahlvereins im Böttchergarten, Wilmersdorf, 40 statt. Vortrag des Genossen Adolf Hoffmann über: Wohin führen wir? Wahl von drei Delegierten zur Generalversammlung. Gemeinde-Angelegenheit.

Schöneberg. Die Mitglieder des Wahlvereins werden auf die heute abend bei Obst, Weiningerstr. 8, stattfindende Generalversammlung aufmerksam gemacht. Der äußerst wichtigen Tagesordnung wegen ist das Erscheinen eines jeden Mitgliedes notwendig.

Weißensee. Heute, Dienstag, findet im Lokale des Herrn Fichtenhölz, Langhansstr. 108, die Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins mit wichtiger Tagesordnung statt.

Treptow-Baumschulenweg. Morgen abend 8 1/2 Uhr hält der sozialdemokratische Wahlverein seine Mitglieder-Versammlung bei Müller ab. Auf der Tagesordnung steht u. a.: Unser Parteitag. Auch werden in dieser Versammlung die Wahlen zur Generalversammlung des Central-Wahlvereins vorgenommen. Diejenigen Parteigenossen, welche noch Petitionskisten in Händen haben, werden gebeten, dieselben daselbst abzuliefern.

Adlershof. Donnerstag findet in Scheers-Wilhelmsgarten in Köpenick die außerordentliche Generalversammlung des Wahlvereins für Adlershof statt. Genosse Rüter-Schöneberg spricht über: Politik, Gewerkschaften und Genossenschaftswesen; ebenfalls finden die Delegiertenwahlen zur Generalversammlung des Central-Wahlvereins statt.

Potsdam. Mittwoch findet eine Volksversammlung im Victoriagarten statt, in der der Reichstags-Abgeordnete Lebedour über den neuen Politikkurs sprechen wird. Gleichzeitig soll das Verhalten der hiesigen Stadtverordneten-Versammlung gegenüber der Schlachtsteuer einer Kritik unterzogen werden. Die Parteigenossen werden ersucht, für regen Besuch Sorge zu tragen.

lokales.

„Mitraten und Mitthaten.“

Der Bericht des Ausschusses, der am 5. September von der Stadtverordneten-Versammlung zur Vorberatung der Magistratsvorlage, betreffend die Richterhebung der Gemeinde-Einkommensteuer von vier Mark, eingesehen worden war, liegt jetzt gedruckt vor. Die Lektüre dieses Schriftstückes ist wieder sehr lehrreich.

Der Ausschuss ist, wie bereits kurz mitgeteilt wurde, zu dem Ergebnis gelangt, der Versammlung die Annahme der Magistratsvorlage zu empfehlen, doch wurde dieser Beschluß nur mit 7 gegen 7 Stimmen gefaßt, wobei die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag zu Gunsten der Vorlage gab. Von freisinniger Seite wurden noch einmal alle die Scheingründe, die wir seit 1894 bis zum Ueberdruß oft gehört haben, dagegen geltend gemacht. Wer Rechte genießt, der solle auch Pflichten haben, wer wählen wolle, der müsse auch diese 4 M. zahlen, wer mitraten wolle, der müsse auch mitthaten. Einer der freisinnigen Gegner der Vorlage meinte, an diesem Standpunkt müsse prinzipiell festgehalten werden; daher dürfe die Steuer (deren Ertrag beinahe zum großen Teil durch die Einziehungskosten aufgezehrt wird) selbst dann nicht aufgehoben werden, wenn ihre Erträge von den Verwaltungskosten vollständig verschlungen würden und sie keinen Fennig einbrächte. Daß aber unter den 180 784 Steuerpflichtigen der 2. Steuerstufe allein 42 070 weibliche sind, die vom „Mitraten“ ausgeschlossen sind, obwohl sie durch Zahlung ihrer Steuern die freisinnigen Wünsche in Bezug auf das „Mitthaten“ durchaus erfüllen, das stört den prinzipientreuen Freisinn nicht im geringsten. Von sozialdemokratischer Seite wurde unter anderm hervorgehoben, daß der Arbeiter schon insofern „mitthatet“, als er durch seine Arbeit den Wohlstand mehrt — allerdings nicht den eignen, sondern denjenigen seiner Arbeitgeber, die er dadurch erst in die Lage versetzt, hohe Steuern zahlen zu können.

Wir sind gespannt darauf, ob das Plenum der Stadtverordneten-Versammlung, das sich am nächsten Donnerstag mit der Sache zu befassen hat, die Vorschläge des Ausschusses zum Beschluß erheben wird. Im Januar vorigen Jahres wurde eine gleiche Vorlage des Magistrats mit 57 gegen 53 Stimmen abgelehnt. Angesichts der jetzt erneut eingebrachten Vorlage hat ein freisinniges Blatt vor einiger Zeit die Erwartung ausgesprochen, daß diesmal unmittelbar vor den neuen Stadtverordneten-Wahlen die Abstimmung doch wohl anders ausfallen werde. Das hoffen auch wir. Aber selbst wenn diese Hoffnung nicht trügen sollte, so wird die Erinnerung an die Falschheit, die die freisinnigen Stadtverordneten-Mehrheit dieser Frage gegenüber bisher eingenommen hat, durch die plötzlich aus bloßer Besorgnis um den Wahlausfall entstandene Gestimmungsänderung dennoch nicht so bald ausgelöscht werden.

Zu den Stadtverordneten-Wahlen. Der Magistrat überreicht der Stadtverordneten-Versammlung eine Uebersicht über die an den Stadtverordneten-Wahlen vom November dieses Jahres beteiligten Wahlbezirke sowie über die Abstimmungs-

bezirke, in die die Wahlbezirke der dritten Abteilung mit Rücksicht auf die Höhe der Wählerzahl zerlegt worden sind. Nach der im Juli dieses Jahres aufgestellten Wählerliste gehören zur ersten Abteilung nur 1430 Wähler, zur zweiten 27 854, zur dritten 307 351. Die Wählerzahl schwankt in den 16 Bezirken der ersten Abteilung zwischen 54 und 108, in den 16 Bezirken der zweiten zwischen 1102 und 2399, in den 48 Bezirken der dritten zwischen 4417 und 11 251. Die 11 251 Wähler dieses letztgenannten (26.) Bezirks der dritten Abteilung haben ebenso nur ein Mandat zu vergeben, wie die 54 Wähler des ersten Mandatsbezirks der ersten Abteilung. Eine besonders liebliche Wüste des Dreiklassen-Wahlsystems, das in dem Geldsaal-Prinzip wurzelt und den Freisinn bisher noch gestützt hat, seine Herrschaft in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung zu behaupten! Die Wahlbezirke der ersten und der zweiten Abteilung sind, wie immer, sämtlich an der Wahl beteiligt, von der dritten Abteilung nur der dritte Teil, also 16. In diesen 16 diesmal beteiligten Bezirken der dritten Abteilung schwankt die Wählerzahl zwischen 4417 (4. Bezirk) und 4489 (34. Bezirk). Sämtliche Bezirke der dritten Abteilung sind in mehrere Abstimmungsbezirke zerlegt worden, in je 2 die Wahlbezirke 4, 11, 22, 23, 41, in je 3 die Wahlbezirke 9, 12, 29, 32, 35, 48, in je 4 die Wahlbezirke 10, 34, 36, 44, 45. In den Abstimmungsbezirken bleibt die Wählerzahl überall unter 3000, vielfach sogar unter 2000.

Zur Kirchweiser hatten sich selbstverständlich aus allen Kulturländern der Erde Delegationen eingefunden, die den Jubilar bei dem Festmahle im Abgeordnetenhause durch Ansprachen und Ueberrichtung von Adressen begrüßten. Prof. Waldeyer teilte mit, daß die Universität 50 000 M. zur Kirchweiser-Festung spendet hat, außerdem sprach Ministerialdirektor Dr. Althoff, Prof. Vossing und Dr. v. Lenthold. Der Vertreter der italienischen Regierung, Minister Prof. Dr. Bacelli feierte den Jubilar in einer schwungvollen lateinischen Ansprache, denn kamen Abgesandte verschiedener deutscher Universitäten zum Wort, ebenfalls begrüßten Herr Oberbürgermeister Rischauer und Stadtverordneter-Vorsieger Dr. Langerhaus den Witzjüngling durch Ansprachen.

Seine eigentlichen Geburtsort beging Professor Birchow Sonntag im Familiensitze. Zur in den Stunden von 11-3 Uhr erschienen Hunderte von Besuchern im Hause des Jubilars, Schellingstraße 10, um ihm persönlich ihre Wünsche auszusprechen. Unübersehbar war die Fülle der Blumenbinden; die Drahtgräbe zählte nach vielen Hunderten. Morgens kamen gleich 100 mit einemmal und noch am späten Abend brachte der Depeschentele ein Telegramm aus Petersburg. Als Birchow dann in der zehnten Abendstunde mit seinen Angehörigen und Freunden von einem Festmahle heimkehrte, hatte die Nachbarschaft eine feierliche Huldigung vorbereitet. Die ganze Schellingstraße hatte zu Ehren ihres gefeierten Bewohners illuminiert, alle Fenster strahlten im hellsten Lichterglanze. In der sonst so stillen Straße ging es lebhaft her, und am Eingang des Hauses standen Groß und Klein, um den Meister bei seiner Rückkehr mit Hochrufen zu begrüßen.

Der Jubilar wird es uns nicht abelneumen, wenn wir die schier endlosen Huldigungen, die ihm zu teil wurden, nicht im einzelnen anzuführen, und auch unsre Leser werden uns nicht böse darum sein. Erwähnen müssen wir aber, daß die Herrn Birchow politisch nahe stehende Presse sich gelegentlich der Feier zum Teil in Geldmaddeligkeiten ergangen hat, die nicht mehr schön sind. Das „Berl. Tagebl.“ beklagt, daß Herr Birchow „nur“ die große goldene Medaille für Wissenschaft und nicht, wie Adolf Winkel, den Schwarzen Adlerorden und damit den A. B. E. erhalten habe. Selbstam nimmt es sich auch aus, daß die „Bost. Ztg.“ sich darüber aufhält, daß Kultusminister Studt Herrn Birchow am Sonnabend mit dem graufik-lalten Titel „Hochgelehrter Herr Geheimer Medizinalrat“ anredete und daß dasselbe Blatt gleichzeitig lange Zeilen hindurch beklagt, wie der Fürst im Reiche der Wissenschaft doch vom preussischen Staat gar keine andre Auszeichnung erhalten habe, als eben die Medaille von Gold.

Zu welcher Ausbildung würden die Freisinnigen das preussische Mandamentum bringen, wenn ihr Traum, das Staatsbürger in die Hände zu bekommen, in Erfüllung ginge!

Zum Milchrieg. 30 000 Liter ringfreie Milch mehr als bisher kommen von jetzt ab täglich nach Berlin, nachdem es dem Vorstände des Milchhändlervereins gelungen ist, Milchproduzenten, welche noch nicht nach Berlin lieferten, durch das Zugehören günstiger Bedingungen zu regelmäßiger Milchlieferung zu veranlassen. — Der Milchzentrale droht übrigens eine neue gefährliche Konkurrenz durch das bereits früher einmal aufgetauchte Projekt einer großkapitalistischen Gesellschaft zur Versorgung Berlins mit Eismilch nach dem sog. Cassischen Verfahren, welches die Beförderung von Milch selbst aus entfernten Gegenden ohne Schaden für die Ware ermöglicht. Wie verlautet, sind Verhandlungen im Gange, um den Plan einer solchen Gesellschaft, trotz mancherlei Schwierigkeiten, zur Verwirklichung zu bringen.

Im Inzeratenteil („Der Deutschen Tageszeitung“) erklärt jetzt Herr Ring, daß die Milchzentrale ihre gesamte jährliche Milchmenge an die Genossen für die Zeit bis zum 9. Oktober durch ihren Konkurs mit rund 40 000 M. bezahlt habe. Diese Mitteilung — deren Richtigkeit vorerst nicht bezweifelt werden soll — gewährt jedem Neugierigen die Möglichkeit, da der Preis für jeden Liter Milch mit 18 Fennig statutenmäßig festgelegt ist, selbst auszurechnen, wieviel Liter Milch die Milchzentrale in der ersten Woche von ihren Genossen nach Berlin zugeschickt erhielt. Diese Zahl bedi. sich aber in erstaunlicher Weise mit den Kontrollbüchern der Berliner Händlergesellschaft, die unabhängig davon bereits das Tagesquantum der Milchzentrale auf nicht mehr als 40 000—43 000 Liter ermittelt hatte. Schon am dritten Tage des Milchtriegs hatte die ständige Kontrolle in Berlin festgestellt, daß von den 100 000 Liter Milch, die Herr Ring „vorläufig“ der Berliner Bevölkerung täglich zu stellen erklärte, absolut nicht die Rede sein konnte, noch viel weniger davon, daß den Worten der Siegesbulletins der „Deutschen Tageszeitung“ gemäß, die Milchzentrale bereits weitere 60 000 Liter täglich nach Berlin beordert habe. Nun drängt sich eine weitere Frage auf. Sind die beschiedenen 40 000 bis 43 000 Liter, die täglich nach Berlin kommen, wirklich ein volles Drittel der gesauten Ringmilch — wie sie es sowohl nach den bestimmten Erklärungen des Herrn Ring-Düppel, als auch nach dem General-versammlungs-Beschlusse der Milchgenossen im Friedrichshagen sein müßten? Ein Drittel der gesamten Milchproduktion sollte doch nach Berlin gehen, zwei Drittel aber zurückgehalten und inwischen mit Verlust auf dem Lande verarbeitet werden! Beträgt dieses Drittel aber nur 43 000 Liter im Höchstmaß, dann müßte man schließlich auf den Gedanken kommen, der feierliche und großartige Hinweis auf die Milchproduktion von 425 000 Liter täglich, die 5000 märkische Milchbauern in der Milchzentrale zusammengeschlossen hätten, habe auf die eigentliche Sachlage so zupunkt, wie der Titel eines bedürftigen Milchbauern auf den Grafen Eulenburg, den kaiserlichen Gesandten Grafen v. Kebern, oder den bisherigen Charlottenburger Stadtverordneten-Vorsieger Dr. Jaffe paßt.

Die Betriebs-Krankenkasse der Stadtgemeinde Berlin, welche erst seit dem 21. Mai 1900 besteht, hatte bis zum 31. Dezember 1900 eine Gesamtsumme von 243 183,58 M. zu verzeichnen, wovon sich ein inzwischen wieder zurückgezogener Betrag der Stadt-Hauptkasse von 10 000 M. befindet. Die Gesamtausgaben inkl. Rückzahlung des Ausschusses betragen 226 249,58 M. Krankengelder wurden gezahlt: a) an Mitglieder 60 053,44 M., b) an Angehörige der Mitglieder 3004,96 M.; Unterstützungen an Wohnrentnerinnen 526,20 M. und Sterbegelder 5741 M. Die Kosten für ärztliche Behandlung stellen sich auf 22 173,21 M.; für Arznei und sonstige Heilmittel auf 19 373,19 M. An Krankenhäuser wurden für

